

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Quartals 3 Mark Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21298 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtpostkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 82 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingeladent 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitwerts Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Solles in Dresden.

Nr. 35

Dresden, Mittwoch, 11. Februar

1925

Das deutsche Wohnungselend vor dem Forum des Reichstags.

Sitzung vom 10. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung.

Herr Dr. Weder (D. Sp.), der sich gegen Angriffe des „Deinert Tagesblatts“ im Zusammenhang mit Krediten wendet, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gelehrt worden sind. Der Redner bestreitet zunächst, daß die „Hifa“ nach Beginn des Ruhrkampfes gegründet und dem Reich wirtschaftsministerium unterstellt wurde. Die „Hifa“ sei bereits im Jahre 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftminister gegründet worden, um in der schweren Übergangszeit gewerblichen Unternehmungen Mittel für die Demobilisierung zu gewähren. Als es während des Ruhrkampfes notwendig wurde, auch kleineren und mittleren Unternehmungen mit Krediten beizuspringen, benutzte man, der Einfachheit halber, die schon bestehende Organisation der „Hifa“. Die Wirtschaftskrise war schon wegen der Verschärfung der Mittel der „Hifa“ von vornherein davon ausgeschlossen. Der Redner weist die Behauptung zurück, daß er (Weder) mit der Schwerindustrie verknüpft und verschwägert ist, um beiseite diese Behauptungen als gemeine und schablonenhafte Verleumdungen. Die vom „Deinert Tagesblatt“ benannten angeblichen Verwalter der „Hifa“, im Ministerium seien in Wirklichkeit nur Referenten. Weder seien pflichttreue Beamte, von denen einer der sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn im Jahre 1920 ein Betrag von 9000 Goldmarken genannt wurde, so sei ja schon festgestellt, daß höchstens ein Betrag von 10 Goldmarken in Frage kommt. Der Redner schließt, daß er das Urteil dieser Dinge dem Hause und der Öffentlichkeit überlasse. Eine anhängige Presse werde sich gewiß nicht dazu hergeben, dem Auslande Kampfmateriale zu liefern. (Großer Lärm b. d. Soz.)

Herr Dr. Wirth (Str.) bittet ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Präsident Lohde erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten einzureichen werden müsse. — Es schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte an, in der

Herr Reich (Dem.) Klärung der Frage fordert, ob es möglich ist, die Verhandlungen des Reichstags durch Monologe aufzuhalten. (Große Unruhe und Entrüstung der Rechten.) Dasselbe Wunsche auch von anderer Seite in hundert von Fällen gegenüber Pressenarrativen geäußert.

Dieser erregte Geschäftsordnungsdebatte endet schließlich damit, daß Präsident Lohde festsetzt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung über die Erklärung einzutreten. Für heute sei dies jedoch geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete werden, entsprechend den Ausschüßbeschlüssen, angenommen. Endgültig verabschiedet wird ein Beschlusseckel über die Fortgewährung der Reichsbegünstigung an die tschechoslowakische Republik. — Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt „Tarifverträge und Lohnwesen“.

Herr Frau Behm (Dn.) fordert die baldige Beilegung des Heimarbeitersengesetzes.

Herr Frau Tony Sender (Soz.):

Meine Vorrednerin, Frau Abg. Behm, hat sich so warm für das Schlichtungswesen eingesetzt. Ich hätte gewünscht, daß sie auch auf ihre eigenen Vorkämpfer im gleichen Sinne einwirkt. (Frau Abg. Behm: Unter der Augen! — Weiter.) Im Gegensatz dazu stand die Rede des Herrn Hof, der sich gegen das Schlichtungswesen ausgesprochen hat. Also scheint Ihr Standpunkt nicht dem Ihrer Fraktion zu entsprechen. Noch vor wenigen Jahren hat man soviel davon gesprochen, daß für den Löhnligen freie Bahn geschaffen und mit harten Selbstbemühen erfüllte Persönlichkeiten erzeugt werden müßten. Lamals erkannte man noch das Recht der schaffenden Arbeit, das gleichberechtigt mit dem der Unternehmer sein müsse. An nun hat Herr Dr. Lohde in seiner Regierungserklärung gesagt, daß nach einem Kabinettsbeschluss die Verfassung nicht geändert werden solle. Das muß doch bedeuten, daß die Verfassung weiter ausgebaut wird. Bisher ist aber mit den Ausschüßbeschlüssen zur Verfassung noch nicht begonnen worden.

Herr Dr. Lohde hat auf diese planmäßige Erklärung beschränkt. Oder beabsichtigt er, endlich die Ausschüßbeschlüsse durchzuführen? Insbesondere verlangen wir endlich die Durchführung des § 165 der

Reichsverfassung, durch den erst die Grundlage für die Betriebsräte geschaffen worden ist. Alles übrige fehlt noch, besonders die Begriffsfrage und der Reichsarbeitsminister. Die Verfassung spricht zwar von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, praktisch aber werden von der Regierung einseitig Unternehmerinteressen vertreten. Das sehen wir bei allen wichtigen Regierungsverhandlungen, besonders dann, wenn einzelne Länder die Arbeitsrechtsverhältnisse weiter ausbauen wollen. So ist die Errichtung von Arbeiterkammern in Hessen verhindert worden.

Besonders unheilvoll ist die einseitige Interessenvertretung bei den Verhandlungen über die Handelsverträge. Hier sind die Unternehmer direkt und indirekt beteiligt, dagegen hat man die Arbeitnehmervertreter überhaupt nicht zugezogen. Während in Deutschland die Gewerkschaften vollkommen ausgeschlossen sind, sehen wir, wie in Frankreich die Vertreter der Arbeiter im Ausschüß sitzen, wie die Gewerkschaften und die Gewerkschaft bei der Aufstellung der Verhandlungsgrundzüge zugezogen werden. Wir sind davon überzeugt, daß, wenn von beiden Seiten die Arbeiter an den Verhandlungen teilnehmen, bald eine Verständigung erzielt würde, denn gerade die Arbeiter haben das Interesse der gesamten Wirtschaft und des gesamten Volkes im Auge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir können aber nicht allein den Gewerkschaften die Rollen für die Durchführung dieser Aufgabe übertragen, die das Reich auch zu übernehmen hätte. Es ist bedauerlich, daß für den Zweck der Ausbildung der Arbeiterkammer überhaupt keine Position in den Etat eingestellt ist. Wir haben beantragt, daß der Frankfurter Akademie der Arbeit ein Beitrag gewährt werde.

Hier werden die Teilnehmer, in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung, zur Mitarbeit und Selbstverwaltung erzogen. Es wird immer der Versuch erhoben, daß die Arbeiter bei der Besetzung staatlicher Funktionen nicht die genügende fachliche Eignung besäßen. Man muß ihnen aber auch die Möglichkeit geben, diese fachliche Eignung zu erwerben. Ich bedaure, daß auch Herr Stegerwald im Ausschüß sich dagegen mit dem Einwand geäußert hat, die Arbeitsabteilung sei einseitig aufzuheben. Ich kann feststellen, daß dort auch die christlichen Gewerkschaften vertreten sind, und daß im Januar ihr Vertreter erklärt hat, sie würden der Akademie in keiner Weise ihre Mitarbeit entziehen. Der Behauptung ist nicht einseitig aufgestellt, auch das Mitglied des Zentrums, Prof. Dessoir, wirkt dabei mit.

Die Erweiterung von Wissen darf nicht das Privilegium der Weisenden sein, es muß dafür gesorgt werden, daß es sich auch die Arbeiter aneignen können. Die Betriebsräte leisten ihre Erziehungsarbeit allerdings nicht in kapitalistischer Aufstellung, sondern mit dem Gedanken an das Ganze. Auch nach dem Betriebsrätegesetz sollen die Betriebsräte die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Ich muß mich auch dagegen wenden, wie den Betriebsräten das Recht bei der Vertretung im Ausschüß bestanden wird. Um sie an einem tieferen Einblick zu hindern, hat man vielfach die wichtigsten Funktionen dem Ausschüß des Ausschüßes übertragen und die Betriebsräte dadurch einflußlos gemacht. Als ich den Antrag stellte, eine Änderung des Betriebsrätegesetzes vorzunehmen, um diesen Zustand zu beenden, wurde mir vom Reichsarbeitsministerium erwidert, daß sei eine Änderung des Handelsrechtbuches notwendig. Wenn hier eine Lücke besteht, so hat das Reichsarbeitsministerium die Pflicht, sie auszufüllen. Jetzt wird versucht, daß das geschehen soll; ich hoffe, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr auch seiner Pflicht nachkommt. Im letzten Jahre sind immer noch neue Schikanen anzugehen. Wenn von den gleichen Rechten und den gleichen Pflichten gesprochen wird, so muß man auch dafür sorgen, daß die Betriebsrätemitglieder in den Auf-

schüß nicht daran gehindert werden, das Recht ihrer Belegschaft zu vertreten. In vielen Fällen hat aber gerade die Vertretung der Rechte der Belegschaft mit dem Hinauswurf der Arbeiter aus den Betrieben gendert.

Auch die Personalabbauverordnung ist dazu benutzt worden, unangenehme Arbeiterkräfte zu beseitigen, und das Reichsgericht hat sich erlaubt, diese Verordnung so zu interpretieren, daß eine vollständige Veränderung der Belegschaft bestimmungen erlaßt.

So will man auf Umwegen die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit lähmen, weil man glaubt, daß sich kein Arbeiter mehr dafür finden wird. Aber trotzdem wird die Arbeiterkraft, werden die Gewerkschaften, die Betriebsräte ihren Weg gehen. Wenn ihnen nicht freimüßig das ihnen zustehende Recht eingeräumt wird, dann werden sie sich selbst den Weg zu bahnen wissen. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dühner erklärt, die Tätigkeit der Schlichter habe sich durchaus bewährt. Eine Statistik darüber werde herausgegeben werden. Die Tarife der Angestellten werden nie zustandekommen, wenn nicht das Arbeitsministerium mit einer gewissen Energie eingegriffen hätte. — Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Über die Frage der Ausschüßüberweisung eines sozialdemokratischen Antrages auf Bewilligung von 20 000 M. für die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. muß Ausdeutung erfolgen, da die Ausschüßbeschlüsse nicht mehr vorliegen.

Mit 189 gegen 94 Stimmen wird Verweisung an den Ausschüß beschlossen.

Es folgt die Besprechung des Abschnitts „Wohnungs- und Siedlungswesen“, und zwar zunächst des Wohnungswesens.

Herr Silberstein (Soz.):

Während des Krieges ist den Kriegsteilnehmern versprochen worden, daß nach ihrer Rückkehr eine Neuordnung der Grund- und Bodenverteilung vorgenommen werden solle. Diese Frage hat auch in der Verfassung eine hervorragende Rolle gespielt.

Die Verteilung und Nutzung des Bodens sollte aberwacht, Mißbrauch verhindert werden, jeder Deutsche sollte zu einer gesunden Wohnstätte gelangen, insbesondere sollte für linderreiche Familien gesorgt werden. Heute ist von diesen Verteilungen nichts mehr zu merken, im Gegenteil, bestimmte Kreise sind wieder am Werke, um die alten Zustände der ungerichteten Wohnungswirtschaft wiederherzustellen. Gerade im letzten Jahre ist wieder geklickt, was den Schatz der Mieter zunichte machen mußte. Alle Maßnahmen, die für den Mieterschutz getroffen wurden, hatten nur den Zweck, die grundsätzliche Erreichung des in der Verfassung vorgezeichneten Zieles unmöglich zu machen.

Zurück die dritte Steuernotverordnung, die am Ende der Inflation geschaffen wurde, ist das Wohnungswesen dem Reiche gänzlich aus der Hand genommen worden. Mit dieser Verteilung der Wohnungswirtschaft in verschiedene Ausschüßorgane ist großes Unheil angerichtet worden. Die Ausschüßorgane sind in die Hand von 18 verschiedenen Ländern und 65 000 verschiedenen Gemeinden gelegt. Es besteht keine Übersicht über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungselends, jede Kontrolle fehlt, daß die Mittel richtig verwendet worden sind, nach Jahren wird man vielleicht erst feststellen können, wie sie verwendet wurden. Zwischen den 18 verschiedenen Ländern besteht beim Wohnungsbau eine Konkurrenz, die mehr wie eine Sabotage aussieht. Die großen Städte mit großen Einnahmen üben nicht die notwendige Solidarität gegenüber den kleineren Gemeinden. Auf dem Lande, insbesondere wo sich die Industrie ansiedelt, geschieht für den Wohnungsbau fast gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es fehlt überall der regende Gedanke, um dem Werte Liebe und Solidarität zu erhalten, es wird nur soviel getan, wie die „Pflicht“ vorschreibt.

Das Reich ist faulig geblieben worden. Wir haben jederzeit energischen Eingriff erhoben, man hat aber auf uns keine Rücksicht genommen. Dem Wegern der gebauener Wohnungswirtschaft ist dieser Zustand schon recht, denn jenen Vorkämpfern, die darunter leiden, sagt man, daß das System daran schuld ist, nur das freie Spiel der Kräfte könne bessere Zustände schaffen. Diese Methode ist ihnen recht alt. Wer wird

Das Steuerprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 10. Februar.

Vor dem Steuerauschuß des Reichstages gab der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Wopiy Erklärungen über die Steuerreformpläne der Reichsregierung ab. Es handelt sich nicht um eine endgültige Verteilung der Rollen, die sich aus dem Londoner Abkommen für Deutschland ergeben. In ihrer vollen Höhe sind sie nur zu einem Teil in Milliarden treten diese Rollen erst im Jahre 1928 in Kraft. Vordringlich gilt es, die eigene Staatseinkünfte auf fest, dauerhafte Grundlagen zu stellen und zugleich die Lücken auszufüllen, die durch Wegfallnahme der Eisenbahnerträge und der Eisenbahnsteuer für Reparationszwecke in den Einnahmen des Reiches entstehen. Staatssekretär Wopiy kündigte etwa folgendes an:

1. Die Einkommen- und die Körperschaftsteuer soll wieder auf den Boden der geschäftsmäßigen Veranlagung des Ertrags (Kost des Umsatzes) gestellt, die monatliche Vorauszahlung soll durch die vierteljährliche (nach Ablauf des Quartals) ersetzt, das Wechselschreiben wieder in voller Umfang in Kraft gesetzt, die Verzugszuschläge und Grundbesitzsteuern noch weiter ermäßigt, vor allem aber ein neuer Steuertarif geschaffen werden, der für die großen und größten Einkommen weitgehende Ermäßigungen bringt, bei den kleinen und kleinsten Lohn- und Gehaltseinkommen die unerträgliche Belastung aber so bestehen läßt, wie sie ist.

2. Bei der Vermögenssteuer soll an dem Satz von 0,5 Proz. festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Proz. aber gekürzt werden. Die Vermögenswachstumssteuer, die noch zu Recht

besteht, nach der II. Steuernotverordnung ab nicht erhoben wird, soll auch fernerhin unangetastet bleiben. Die besondere Kapitalertragsteuer soll in die Einkommensteuer einbezogen werden, d. h. verschwinden. Das Hauptmotiv der Regierung bei der Schöpfung der Ertragssteuer, die „Vermögensbildung zu erleichtern.“

3. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrssteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant.

4. Bei der Erbschaftsteuer soll „etwas Härter zugegriffen“ werden. Beim Kindererbe soll der bei Millionenerbschaften in Kraft tretende Höchstfuß von 15 Proz. erreicht werden. An der Verteilung des Erbes der Ehegatten soll nicht hergetastet werden, abgesehen von linderlichen Ehegatten.

5. Alle Wirtschaftskörperschaften der Länder und Gemeinden sollen zugunsten des Reiches und, umgekehrt, die Betriebe des Reiches zugunsten der Länder und Gemeinden besteuert werden.

6. Bei der Neugestaltung der Lohnsteuer soll linderreichen Familien in der Weise entgegengekommen werden, daß Lohnsteuerpflichtige mit mehr als drei Kindern für jedes weitere Kind nicht 1, sondern 2 Proz. Ermäßigung genießen sollen.

Aber die Frage der Erhöhung der Steuern auf den „entbehrlichen Verbrauch“ ist sich die Regierung noch nicht im Klaren. Entschlossen ist sie dagegen, die Umsatzsteuer in der jetzigen, sonst nirgends in der Welt bestehenden Höhe von 1 1/2 Proz. bestehen zu lassen. Die Erhebung einer Sondersteuer von dem über die Inflationszeit hinausgereichten vollen Vermögensmäßig und dem trotz der Inflation ererbten Vermögenswachstums, die den Aufwärtsweg zu dienen hätte, lehnt die Regierung ab.

die ordnende Hand beizubringen. Wenn dann Forderung und Verteilung entsteht, so stellt man das als Ergebnis dieser Ordnung hin, um nur gegen diese Ordnung selbst vorzugehen. Wir verlangen, daß wieder eine planmäßige Reichswohnungswirtschaft eingeführt, daß eine Zentralstelle geschaffen wird, was nicht ausschließt, daß die Gemeinden zur notwendigen Mitarbeit zugezogen werden. In manchen Kreisen wird bestritten, daß überhaupt noch eine Wohnungsnot vorhanden sei. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie sieht es damit? Nach optimistischen Schätzungen sollen 650 000 Wohnungen fehlen, andere Schätzungen nennen 1 bis 1 1/2 Millionen. Es mag dahingestellt bleiben, welche Auffassung richtig ist. Beide gehen aber davon aus, daß so viele Wohnungen fehlen, als Familien keine Wohnungen finden können. Aber man muß dazu auch diejenigen rechnen, die wohl eine Wohnung haben, aber unter erscheidendem Wohnungsstand leiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter den normalen Zuständen vor dem Kriege gab es in den größeren Gemeinden drei Prozent leerstehender Wohnungen. Es müßten immer genügend freie Räume zur Verfügung stehen, damit keine Wohnungsnot entsteht. Besonders grauenhafte Zustände herrschen in den Ortschaften, wo sich keine Unternehmer um die Unterbringung der untergeordneten Arbeiter kümmern. Viele Deutsche leiden zwar nicht unter der Wohnungsnot, sie haben Wohnungen, aber sie sind auch danach. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Zuständen darf man nicht vorbeigehen, jedes Mittel muß angewandt werden, das zur Beseitigung der Wohnungsnot beiträgt.

Mit den jetzigen Mitteln können wir das Wohnungsproblem nicht beseitigen. Die Wohnungsnot muß im Gegenteil von Jahr zu Jahr größer werden, weil immer weniger gebaut wird, als der Familienzuwachs beträgt. Wir fordern, daß die Wohnungswirtschaft wieder in die Hände der Reichsregierung übergeben wird, daß nicht nur der Wohnungsmangel beseitigt, sondern auch die alten Wohnungen getraulich gemacht werden.

In England hat man einen Wohnungsbauplan für fünf bis zehn Jahre aufgestellt; jedes Jahr soll so viel gebaut werden, daß binnen kurzem die Wohnungsnot beseitigt ist. Mit unserer Wirtschaft kommen wir immer tiefer ins Elend. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn wir noch die Bezeichnung eines Kulturvolks behalten wollen, so müssen wir endlich mehr tun. Die jetzigen Zustände scheitern geradezu zum Himmel. Nach einem großzügigen Plan und mit großen Mitteln muß der Wohnungsnot zu Leibe gegangen werden. Die Mittel, die aus der Reichssteuer herkommen, werden heute nicht zweckmäßig angewandt. Im vorigen Jahre gab es noch ein paar kleine Leute, die ihre Sparreserven beim Wohnungsbau anlegen konnten. Heute sind die gemeinnützigen Genossenschaften so weit, daß sie nicht mehr vorwärts können. Nur derjenige kann noch bauen, der sehr aber reiche Mittel verfügt. Selbst mittlere Beamte müssen beim Wohnungsbau bis zu 40 Proz. ihres Einkommens als dauernde Last auf sich nehmen. Kleinen Arbeitern wird zugemutet, sich mit 50 bis 60 Proz. ihres Einkommens dauernd zu belasten. Wir fordern, daß aus den bestehenden Mitteln 80 bis 85 % der Baukosten zu einem niedrigen Zinssatz gegeben werden.

Es sollten überhaupt keine Zinsen genommen werden, da das Reich und die Länder die Mittel ja auch zinslos erhalten. Alle zur Verfügung stehenden Mittel müssen organisch zusammengefaßt und durch eine Saat verwaltet werden. Sie müssen gleichmäßig allen Staatsgenossen zugewandt werden, alle haben ein Recht, gleichmäßig behandelt zu werden. In diesem Staat steht nichts davon, was der Mensch haben sollte. Um so wichtiger ist, daß endlich das Notwendige hinzukommt.

Reichskanzler a. D. Marx zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt.

Berlin, 11. Februar.

Zum preussischen Abgeordnetenhaus wurde gestern nachmittag um 3 Uhr vom Präsidenten das Ergebnis des ersten Wahlganges der Ministerpräsidentenwahl bekanntgegeben. Abgegeben waren 444 Stimmen, davon war eine unbeschrieben und eine ungültig. Von den übrigen 442 Stimmen betrug die Mehrheit 222. Erhalten haben:

Reichskanzler a. D. Marx 219, v. Richter (Deutsche Volkspartei) 153, Piefel (Kommunist) 43, Rabendorff (Wirtschaftspartei) 16, Dr. Körner (Nationalsozialist) 11.

Da keiner der Genannten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat, wurde, nach der Geschäftsordnung, eine Stichwahl zwischen Marx und v. Richter notwendig, welche die beiden höchsten Stimmziffern erhalten hatten. Im zweiten Wahlgang wurden insgesamt 445 Stimmzettel abgegeben, davon waren unbeschrieben 17, ungültig 43. Von den übrigbleibenden 385 Stimmen beträgt die Mehrheit 193. Erhalten haben Reichskanzler a. D. Marx 223, Finanzminister a. D. v. Richter 162 Stimmen. Reichskanzler a. D. Marx ist damit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Parteis wieder Landtagspräsident.

Nach für die darauffolgende Wahl des Landtagspräsidenten waren zwei Wahlgänge erforderlich. Im ersten entfielen auf den Abgeordneten Partels (Soz.) 216, auf Dr. v. Arles (Zentrumsp.) 179, auf Piefel (Komm.) 43 Stimmen. In der Stichwahl wurde Partels mit 215 gegen 182 Stimmen, die auf Dr. v. Arles fielen — 44 Stimmzettel waren nicht unbeschrieben, teils ungültig — zum Landtagspräsidenten gewählt.

Die bisherigen Vizepräsidenten Dr. v. Arles, Dr. Forst und Gornisch wurden durch Jarns wiedergewählt.

Kampfabnenn gegen die Reaktion.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Zeit von der Mehrheit des preussischen Landtags betriebene Politik kann nur dem Sinn haben, zunächst die Interessen der Republik zu wahren und auf vorfristigem Wege die verlorene Position im Reich möglichst schnell zurückzugewinnen, um die dort bestehenden unglücklichen politischen Verhältnisse mit einer neuen parlamentarischen Mehrheit bald wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird die neue preussische Regierung ein ausgesprochenes Kampfabnenn gegen die Reaktion sein müssen. Der Verlauf der letzten interfraktionellen Verhandlungen in Preußen hat ergeben, daß maßgebende Zentrumsmehrheiten diese Auffassung teilen und auch bereit sind, der Sozialdemokratie in diesem Sinne bestimmte Zusicherungen zu geben. Aber diese Zusicherungen, die sich u. a. auch auf Personalfragen beziehen, reichen allein nicht aus, wenn das Zentrum Personalitäten wie den früheren Reichserziehungsminister Diermes in das Kabinett

delegieren will, während die Sozialdemokratie sich nur mit dem Innenministerium zufrieden geben soll. Die zahlenmäßige Beteiligung einer Partei an dem preussischen Kabinett kann, unter gewissen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage, nicht abschlagend sein. Die Sozialdemokratie fordert für sich eine zahlenmäßig stärkere Beteiligung an der Regierung, und es hat den Anschein, daß sich die Zentrumspartei diesen Forderungen nicht verschließen will. Geschieht das aber nicht, dann dürfte Preußen zwar im Augenblick einen neuen Ministerpräsidenten, in den nächsten Tagen aber noch keine Regierung besitzen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zur Verteidigung der Republik die größten Opfer zu bringen. Aber auch das Zentrum sollte wissen, daß man von einer großen Fraktion, hinter der Millionen von Wählern stehen, nicht mehr verlangen darf, als sie ertragen kann.

Für den Fall, daß dem neuen Ministerpräsidenten Marx die Bildung der Regierung gelingt, dürfen die Demissionen des Abg. Dr. Schreiber als Handelsminister und des Fraktionsmitglieds Heppel-Wischoff als Finanzminister in die neue Regierung delegieren. Das Innenministerium soll der jetzige Staatssekretär Dr. Becker übernehmen. Vom Zentrum werden die bisherigen Minister im Amt bleiben. Der Reichs-, Herrs Fernes zum Landwirtschaftsminister zu ernennen, dürfte dagegen auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihren Unterhändlern den Auftrag erteilt, neben Severing im Innenministerium noch einen weiteren sozialdemokratischen Minister zu fordern. Falls das unmöglich erscheint, soll die Fraktion erneut Stellung nehmen.

Wir verlangen, daß nicht der Abbau der bestehenden Wohnungswirtschaft, der Abbau der Reichsrenten vorgenommen wird, sondern daß wir zu Zuständen kommen, die dem ganzen Volke endlich eine gesunde Wohnungswirtschaft ermöglicht. (Wohlfahrter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wilmanns (D. Sp.): Ein Abbau der Wohnungswirtschaft muß erfolgen. Wir beantragen, ein Übergangsgesetz an die Stelle des Wohnungszwangsgesetzes zu setzen. Wir müssen höchstens zögern, aber wir wollen auch so hohe Zinsen, daß die Renten bezahlt werden können. Es müssen eben die Mittel für den Wohnungsbau beschafft werden.

Abg. Wilmanns (Komm.): Die Rat der Mieter ist tausendmal größer als die der Hausbesitzer. Wenn die Wohnungswirtschaft abgebaut wird, so haben wir mit einem Schlag den schlimmsten Wohnungswucherer. Darum muß das Mietergeschick beachtet werden.

Abg. Wilmanns (Dem.): Die Erträge der Haussteuer reichen nicht aus, um genügend Wohnungen zu schaffen. Weder schadet die schlechten Erfahrungen, die in einem öffentlichen Kreis von einer Wohnungswirtschaft mit dem Hausbau gemacht worden sind und läßt fort; Gerade die Steuerlasten, die auf einem Grundstück ruhen, verteuern das Bauen. Wir werden im Wohnungswirtschaft einen Antrag auf Entsch. oder Ermäßigung der Grundbesitzabgaben einbringen.

Abg. Wilmanns (Dem.): Sachsen und Preußen haben wohl das Beste für den Wohnungsbau auf Grund der Haussteuer gefunden. Wir müssen von den Ländern fordern, daß der überwindende Teil der Haussteuer nicht zu finanziellen Zwecken, sondern zum Hausbau verwendet wird. Unerträglich ist, daß zu hohe Zinsen, bis zu 10 Proz., bei den Hypotheken, die aus der Haussteuer gemacht werden, gefordert werden.

Abg. Steiniger (Dtn.): Auch meine Freunde wünschen mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Haussteuer.

Abg. Heber (Kat.-Soz.) weist auf die großen volkswirtschaftlichen Vorteile hin, die sich aus einer Verteilung des Bausparzins ergeben.

Abg. Heber (Kat.-Soz.) erklärt, mit einem Sprung können wir nicht zur freien Wirtschaft übergehen, aber der Anfang muß gemacht werden. Biele andere werden sich dann von selbst finden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betont, daß die Regierung bestrebt sei, auf eine Einheitsliche Art der Mietfrage in den Ländern hinzuwirken.

Nach 12 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Im Haushaltsaufbau

Soziale und finanzielle, bei der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums, Abg. Dr. Landberg die Beteiligung der in der Zeit der Rat erlassenen neuen Strafprozeßordnung und die Wiederherstellung der Berufung in den Fällen, in denen sie durch die neue Strafprozeßordnung beseitigt ist, sowie die Beteiligung der wirtschaftlichen Einheitsrechnung des Reichsfinanzministeriums in einzelstaatlichen und schöffengerichtlichen Sachen, ferner eine Reform der Bestimmungen über die vorläufige Festnahme und Verhaftung.

Sobald man es sich gegen die neue Praxis des Reichsgerichts in Landesverratsprozessen, die gerade eine Umwertung des Landesverratsbegriffs bedeute, da Angaben über Waffenbesitz richtigergerichteter Organisations in der Regel als Landesverrat abgeurteilt werden — auch ein Reichsgericht des Reichswehrministeriums vertreten den gleichen Grundgedanken — während durch denjenige, der die Waffenbesitz anlegt, der

Die Erziehung zur Ehe.

Erkennung im Neuen Theater.

Dem Schillerischen „In tyrannos!“ ein alternatives „In philistinos!“ entgegenzusetzen, war Otto Erich Hartleben's hohes Ziel. Paradoxerweise ist er dort im wahren Sinne Dichter, wo er sich am wenigsten zielbewußt gibt: in seinen erlebnisvollen, schlagformigen Gedichten, in denen der Puls des freien Menschen und Künstlers schlägt. Seine Geschichten und Theaterstücke sind, was er selbst von ihnen sagt: Parterre-Gymnastik. Studien, Essays, Aufsätze zu einem aus dem Leben schöpfenden, ins Leben wirkenden Drama, dessen erlebter Stoff er nur von fernem schaute. Seine Dichtung von dieser belebten bürgerlichen Welt war doch nicht groß genug, sie im Fernkampf des Lichtes zu bewahren. Wehrlos, weniger halbtönig, weniger künstlich, aber gerade darum diesen Leben weniger verhaftet, erwies sich als der Dichter, Diefener: so wurde er zum gegebenen Überwinder des Naturalismus, aus dessen niederziehender Atmosphäre der Dramatiker Hartleben niemals den Ausweg gefunden hat: weder mit seinem „Kosmos“, noch mit „Gonna Jager“, noch mit der „Erziehung zur Ehe“.

Es ist symptomatisch, daß in dieser Komödie gegen die Verschobenheit und Überheblichkeit des Philistertums auch dessen Gegenpoler im Grunde philistischer geraten sind. Dieses Studienlein aus gutem Hause, das da zur Ehe mit einem handverlesenen Mädchen befreit werden soll, ist geradezu der Typus des werdenden Philisters. Ein feinerer Affe der Bohème, den nach bürgerlichen Begriffen zu mobilisieren keine Kunst ist. Sein Freund Range aber, der, nach Abtötung eines Willensverlustes planlos ist. Er ist vor dieser Art von Pädagogik, vornehm angelegt, sich nach Königberg verstreut, kann einem gelächelt werden. Und was das geschichtliche Verhältnis, diese alte Buchhalterin Reia Häbde, andeutet, die sich, nach dem Rat der Schicksalsgöttin, zum Jüngling mit dem Namen und Leben,

aber anscheinend in geordneten Verhältnissen lebenden Herrn v. Hölting zusammenfindet, so kann man ihre Verwirrtheit beim besten Willen nicht als übermäßige Besetzung zu einem gesellschaftlichen Aufsteiger empfinden. Andererseits repräsentiert Herrmann's Vater, die Bankdirektoren, die den Stoffgang zu der erhabenen Sittlichkeit und Lebensansicht ihres Kreises erleben will, keineswegs die furchtbare Macht eines kapitalistisch verrobbten Klassenbürgertums: sie ist nur eine dumme Mutter, wie viele tausend andere Frauen ihrer sozialen Situation, eine alberne Frau, die keine Ahnung hat von den Kräften, die im Sinne des Lebens wirken.

Wären einige wahrhaft gelangene Typen, die man gut spielen, aber die man sich immer wieder anschauen kann: dieser Onkel Rittersgutbesitzer aus Salsen, der, von Hanna als pädagogischer Helfer nach Berlin berufen, die willkommene Gelegenheitsarbeit, die er als Schöpfer ergreift; dieses geistige Studienmädchen Jenny, das Köpchen vom Schläger Hermanns und das Leben überhaupt so geschickt, so ohne überflüssige Sentimentalität zu nehmen weiß; diese herablässige Fabelantantelochter Bella, die als wanderndes Bühnenmitglied die Komödie geht und die Komödie mit einem Mädchen schlägt.

Was es die Absicht, Hartleben's Stück dieser löhrenden Rollen wegen anzusehen, so wurde der angestrebte Zweck erreicht. Otto Diefener (der die Komödie auch schmissig und unterhaltend dirigiert) ist ein urkomischer Schmeicheleier voll Frech- und Abenteuerlust, ein richtiger Gelehrter zur „richtigen“ Ehe, Irma Zeitig ein pyramidenartiges Studienmädchen Jenny, von einer drohenden Überlegenheit über die gesellschaftliche Umgebung, und Elfriede Luß die höhere Normaltochter, die man zwar nicht liebt, aber immerhin irgendwomann einmal heiratet. Aus den übrigen Rollen machen Werner Rasael (als Friedrich Hermann), Helene Normann (als Hanna und Schwesterin), Theodor Kochell (als Freund Range), Claire Rasael-Prill (als Reia Häbde) und Richard Stenod

(als Herr von Hölting), was daraus zu machen war. Und das ist, wie gesagt, nicht viel.

Max Adler.

Fritzi Raffary als Cleopatra.

Die Meisterin des Operettenspiels auch bei dieser sie geschickten Operette alle Fassetten ihrer taunelerten Spitzkunst ausglühen. Schade, daß Grammer und Grünwald, die Textdichter der „Fritzi Raffary als Cleopatra“, sich in der Hauptrolle an die Vorbilder gehalten und nicht viel aus eigenem hinzugebraut haben. Auf Schritt und Tritt kann man Parallelen ziehen. Nur hinsichtlich der Auswirkung der Klischees bleiben sich die Verfasser treu. Der Vorhang schließt sich jedesmal über einer Liebeszene der ägyptischen Königin, nur mit dem Unterschied, daß der Cleopatra hier ein anderer ist. Also: ein Triumvirat! Oskar Strauß kann nun bald sein silbernes Jubiläum als Komponist der einst vielbesungenen Operette („Fritzi Raffary“, „Die Kunst kommt“) feiern. Bei dem Schläger „Cleopatra“ (erst in Wolf, dann in Dax) hat man die Empfindung, daß diese Melodie zu den besten und bedeutendsten Einfällen zählt, hingegen hört beim Duett vom Frauenherzen die veränderte Wiener Welt mit dem Anflug an die „Raunische Dame“. Auch der Hölzer Ländler ist in der Nähe des Klis „fehl am Ort“. Die sorgfältig geschichtete und knaglich angelegte Musik schließt bedeutsame nach der Oper. Das wäre, trotz der Stimmung, ein Vorgang, wenn das Ganze nicht so übermäßig jenseitig wäre. Kommt hinzu, daß die gelährte Erkennung noch nicht in allen Teilen klappen wollte. Im Mittelpunkt des Interesses stand natürlich die Raffary, in wechselnden Toiletten, soweit man diese im alten Ägypten benötigte. Alles lebt und sprüht an dieser Frau. Sie triumphiert natürlich auf der ganzen Linie und wurde entsprechend gefeiert. Das „Triumvirat“ war bei Fritz Wolf (Gülch), Robert Heilberg (Gülch) und

Kriur Guttmann (Kare Union) sehr gut aufgehoben, besonders Wolf erweist sich auch hier als „primo uomo“. Als Hofdame fiel Eva Percival (Wormia) mit ihrer hübschen und gut behandelten Stimme wieder annehmbar auf. Mit dem Minister Pamphos, einem Nachkommen des verschlagenen Antichas, hatte Herrin Sitta bald die Lacher auf seiner Seite, besonders wenn er die ungarisch-polnische Paternoster-Artikulation im kleineren Rollen war u. a. das Ehepaar Gänther beständig. Oskar Strauß dirigierte selbst und legte Wert auf schönen Chorklang. Das Orchester zu „pollieren“, wollte auch ihm nicht immer gelingen. Nach dem zweiten Akt wurden Strauß, Regisseur Proger und die Sterne des Ensembles oft gerufen. H. H.

Der Klavierabend Walter Schaufuß-Bonini, der zweite, den der junge Künstler hier gab, war geeignet, das an dieser Stelle über den ersten Abend von anderer Seite abgegebene Urteil vollinhaltlich zu bestätigen. Walter Schaufuß-Bonini, der eine grundlegende Ausbildung an hiesigen Konservatorien erhielt, besitzt eine offenbar starke pianistische Veranlagung. Sein Spiel hat einen Zug ins Große, der seiner Jugend wohl ansteht, allerdings aber auch noch leicht ins Traugängertische überfällt. Rechte sich diese Richtung schon in der Überzeugung des Brahm's-Namens bemerkbar, so wurde sie in den Stücken von Chopin noch mehr empfunden. Hier mangelte es noch sehr an der Einfühlung in die Psyche des Komponisten, in die Welt seines leidenschaftlichen wie seines vornehmen-poetischen Empfindens. Wieder mehr in sein Element kam Walter Schaufuß-Bonini in der Schlussnummer seines Programms, die Stücke von Scriabin und Roland Doquet umfaßte. Roland Doquet's Werke interessierten besonders, auch schon um desswillen, weil der Komponist nicht in Dresden sein Heimort ist und übrigens auch jetzt wieder unter und weil. Seine neue Sonate, wie die beiden Klavieropositen Sou-

Strafanträge im Hamburger Hochverratsprozeß.

Hamburg, 10. Februar.
Im Hamburger Hochverratsprozeß beantragte am Dienstag vormittag der Staatsanwalt, unter Zustimmung mildernder Umstände, folgende Strafen:

Wegen Urbahn als geistiger Führer und politischer Kopf wegen vollendeten Hochverrats die bei mildernden Umständen zulässige Höchststrafe von 15 Jahren Festung und gegen den Angeklagten Freede 12 Jahre Festung; wegen Beihilfe zum Hochverrat gegen Jensen 6 Jahre, gegen Schabbe und Rühle je 5 Jahre und gegen die Angeklagten Köppen und Leub wegen vollendeten Hochverrats 12 Jahre bez. 8 Jahre Festung.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 10. Februar.
Der Ministerrat hat sich am Dienstag mit der endgültigen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern befaßt und beschlossen, dem Landtag in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Auf Grund dieser Vorlage, die der Landtag zu verabschieden hat, werden mit sofortiger Wirkung angesetzt die Verbote der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei, ferner die Verbote des Bundes „Oberland“ und der „Reichskriegsflagge“.

Weichzeitig werden auch die Verordnungen außer Kraft gesetzt, die bei der Errichtung des Generalstaatskommissariats erlassen worden sind und die sich auf Schußhaft, Standrecht und Strafrecht beziehen; bestehen bleiben lediglich die Verordnungen zum Schutze der Jugend, die sich gegen die kommunistische Agitation in den Schulen richten; das Versammlungserrecht wird insofern eingeschränkt bleiben, als alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben. Die Versammlungen in geschlossenen Räumen sind nicht mehr genehmigungspflichtig, dagegen sind die Paläste, die benutzte Versammlungen anstünden, der Polizei auch in Zukunft zur Genehmigung vorzulegen.

Noch ein Danzig-polnischer Streitfall.

Genf, 10. Februar.
Zur Erhaltung eines Gutachten für die Entscheidung des Völkerbundeskommissars in Danzig hinsichtlich der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig hat der Berichterstatter des Völkerbundes für Danziger Fragen, Camones de Leon Spanien gemeinsam mit dem Präsidenten der Völkerbundeskommission des Völkerbundes auf Grund eines Beschlusses vom letzten Dezember ein dreigliedriges Gremium in Genf ernannt, das am 18. Februar in Genf zusammentritt und sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Van Gylinga, Professor an der Universität Leyden; Rivante, Professor an der Universität Rom; Aquilino, Generaldirektor der Schweizerischen Bundesbahnen.

Die einstimmig, hat im Dezember 1922 der Völkerbundeskommissar entschieden, daß Polen nicht berechtigt ist, auf Danziger Gebiet ohne Einwilligung der Freien Stadt Danzig eine Eisenbahndirektion zu errichten. Polen appellierte gegen diesen Beschluß beim Völkerbundesrat, worauf langwierige Verhandlungen stattfanden, bis am 31. Dezember der Rat beschloß, ein Gutachten darüber einzuholen, ob die Entscheidung des Völkerbundeskommissars den bestehenden Verträgen, Entscheidungen und Abkommen entspricht.

Feuerungsfundgebungen in Prag.

Prag, 11. Februar.
Wie die Polizeikorrepondenz meldet, wurde bei den gestrigen Rundgebungen gegen die Feuerung insgesamt 46 Personen verurteilt, darunter 38 Polyzisten. Von dem verurteilten 30 Personen wurden sechs nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt; die übrigen werden nach einem Verhör unterzogen.

Die Frage der französischen Schulden.

Brüssel, 10. Februar.
Belgische Blätter lassen sich aus Paris melden, daß dort augenblicklich ernsthaft die Möglichkeit erwogen und erörtert wird, die französischen Kriegsschulden an England und Amerika durch Abtretung gewisser französischer Kolonien zu begleichen. Dabei sollen in Betracht kommen für die Abtretung an England die Gebiete und Neucaledonien nebst den umliegenden Inseln, an die Vereinigten Staaten von Amerika die französischen Antillen, ferner Tahiti sowie die Gesellschafts- und Marquesa-Inseln. Zwar streben sich noch die öffentliche Meinung Frankreichs sowie die Regierung dagegen, aber die Stimmung, die diesen Vorschlag für die nächsten Monate, zumal Frankreich bei den großen internationalen Werten dieser Kolonien für die westlichen Mächte einen großen Preis fordern könnte. Außerdem gebiete die Finanzlage Frankreichs eine derartige Lösung, denn die genannten Kolonien

liefern ohnehin Gefahr, unter der Kontrolle der Alliiertenstaaten zu gelangen, da Frankreich ohne Aufnahme von neuen Anleihen diese Kolonien kaum weiterhin verwalten könne.

Unabhängig hiervon wird auf einen angeblichen französischen Vorschlag an England hingewiesen, Madagaskar gegen Ägypten auszuhandeln, was von Ägypten mit Begeisterung begrüßt würde.

Der Parteitag in Grenoble.

Grenoble, 10. Februar.
Der sozialistische Parteitag hat gestern nachmittag die Debatte über die Politik der Fraktion fortgesetzt. Für die Minderheit sprach Zyromski zu Wort, der, ohne die Politik der Unterfraktion grundsätzlich zu bekämpfen, der Fraktion den Vorwurf machte, daß sie zu weit gegangen sei, indem sie ein organisches Element der Regierungsmehrheit gemorden habe und mit der Regierung durch die und dann gebe. Die Politik der Unterfraktion werde dadurch zu einer Politik der direkten Zusammenarbeit. Man müsse endlich den Mut haben, sich zu entscheiden zwischen dieser Politik und der Politik des Massenkampfes.

Nach Bonzejon, der ebenfalls Kritik an der Parlamentarischen Fraktion abgab, sprach Leon Blum in die Debatte ein. Die Fraktion sei lediglich ein Exekutivorgan der Partei. Man habe ihre den doppelten Vorwurf gemacht, einmal, daß sie zu weit nach rechts gegangen sei, dann aber, daß die positiven Ergebnisse ihrer Politik unzulänglich gewesen seien. Das Paradoxe der Politik der Unterfraktion sei, daß sie um so weniger nach außen in Erscheinung trete, je wirksamer sie sei.

Die Partei müsse unweidlich sagen, was sie nun eigentlich wolle. Sie habe die Direktiven für die Politik der Fraktion zu bestimmen, diese aber müsse endlich wissen, was man von ihr verlange. Die Partei müsse ausprechen, ob sie die Fortsetzung der bisherigen Politik wolle oder nicht.

Er sei unbedingt für die Fortsetzung, und das vor allem aus dem Grunde, weil das Land einen Wechsel in der Politik ohne tiefsten Grund wahrscheinlich nicht begreifen würde. Die Fraktion sei sich der Schwere ihrer Verantwortung in vollem Umfange bewußt und deshalb brauche sie die einstimmige Zustimmung der Partei. Die Politik der Unterfraktion sei außerordentlich schwer. Die Fraktion frage sich jeden Tag von neuem, wie weit sie in ihren Zugeständnissen gehen dürfe. Ihre Aktion werde unendlich, wenn es darüber zu einer Spaltung innerhalb der Partei oder Fraktion kommen würde. Deshalb verlange sie ein einstimmiges Vertrauensvotum.

In der gleichen Richtung bewogen sich die Ausführungen Faures. Was die Fraktion wolle, sei eine klare und unweidliche Formel für die Fraktion, was die Partei von ihr verlange. Aber dafür bedürfe es der vollen Einmütigkeit. Denn in der Einheit und Geschlossenheit der Partei liege deren einzige Stärke, besonders jetzt der Spaltung in Tausend. Auch Compté-Froel sprach in dem gleichen Sinne. Der Verfall, den diese drei Redner sandten, zeigte, daß der Parteitag sich der Tragweite seiner Entscheidung in vollem Umfange bewußt ist, und daß die Gegner der Fraktionspolitik in verschwindender Minderheit sind.

Heute vormittag schloß der Parteitag die Aussprache über die allgemeine Politik und die Haltung der Kammerfraktion zu Ende. Sie wurde eingeleitet durch Jean Longuet, der die Fraktion dafür warnte, den Klassenkampfcharakter der Partei zu verwirren.

Wenn er Perrot auch nicht mit Polcard verglichen wolle, so diene doch die Kampfpolitik der gegenwärtigen Regierung und insbesondere die letzte Rede des Ministerpräsidenten Anjal zu schärfster Kritik. Jedenfalls sei es unangeheuerlich, den Wein als notwendige Grenze für die Erhaltung des Friedens zu bezeichnen.

Longuet schloß mit der Erklärung, daß er unter der Bedingung mit der vorgeschlagenen Entschiedenheit einverstanden sei, daß diese wirklich den Ausdruck der verschiedenen in der Partei vorhandenen Strömungen bilde. Die beiden nächsten Redner Drouot und Grumbach traten mit Entschiedenheit für die Fraktion und ihre Politik ein und polemisierten gegen die Behauptung der Minderheit, die Partei sei von ihren Prinzipien abgewichen. Dumoulin, der ehemalige Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, bezeichnete die letzte Rede Perrots als im höchsten Grade gefährlich, da sie die Erfolge der Politik von London und Genf endgültig zu kompromittieren drohe. Er sprach sich aber für die uningeschränkte Fortsetzung der bisherigen Politik aus. Grade der Führer der Opposition, sagte dann noch einmal alle gegen die Haltung der Fraktion geltend gemachten Argumente zusammen, gab aber zugleich in abmildernden Ausdrücken der Auffassung Ausdruck, daß von einer Preisgabe der Unterfraktionspolitik unter keinen Umständen die Rede sein könne. Die Fraktion müsse sich hüten, in allen großen Abhängigkeit von den anderen Parteien der Mehrheit zu geraten. Auch Grade war dafür ein, daß sich der Parteitag auf eine einheitliche Entscheidung über die allgemeine Politik einige. — Heute nachmittags begann die Aussprache über die bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen einzuschlagende Politik.

Gehalts erhöhungen für die Beamten in Frankreich.

Paris, 10. Februar.
Die Kammer beschäftigte sich heute mit der Neuregelung der Beamtenbesoldung. Der Regierungsentwurf sieht eine Erhöhung der Beamtengehälter und eine Staffelung zwischen 6600 und 40000 Fr. jährlich vor. Die Orts- und Ständelagen sollen gleichfalls eine Erhöhung erfahren. Diese Ausbesserung der Beamtengehälter wird eine weitere Senkung des aus dem Staatshaushalt im Betrage von 888 Mill. Fr. ausmachen. Die Beamtenreformen fordern ein Mindestgehalt von 6000 Fr. Die Forderung machten sich einige Redner zu eigen. Finanzminister Clemenceau wies darauf hin, daß das Mindestgehalt von 6600 Fr. nur bei etwa 10000 Beamten in Frage komme, das Mindestgehalt in Paris belaufe sich auf 7600 Fr.

Ein amerikanisch-polnisches Handelsabkommen mit Einfluß Danzigs.

Washington, 11. Februar.
In einem Roten Austausch zwischen Staatssekretär Hughes und dem polnischen Botschafter in für die amerikanisch-polnischen Handelsbeziehungen der Grundgedanke der Weistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und Gebührensätze vereinbart worden. Das Abkommen macht die Preise für Danzig zum Kontrahenten des Vertrages.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Athen, 10. Februar.
Morgen wird die griechische Antwort auf die türkische Note in der Frage der Ausweisung der Patriarchen abgelesen werden. Die Note wird sehr kurz sein und lediglich das Bedauern darüber ausdrücken, daß die Türkei diese Angelegenheit nicht einem Schiedsgericht anvertrauen will. Daraus sei Griechenland geneigt, ein internationales Tribunal anzurufen. Die griechische Regierung hat inzwischen eine Note an den Völkerbund gerichtet, in der sie die, dem Vertrag von Lausanne in der Frage des Patriarchats Geltung zu verschaffen.

London, 11. Februar

Weiter meldet aus Athen: Der türkische Delegierte in der gemischten Kommission für den Austausch der Bevölkerung teilte dem griechischen Hauptdelegierten Gindaris mit, es werde vielleicht möglich sein, eine Lösung in der Frage des Patriarchats zu finden. Die Regierung ermächtigte Gindaris zur Eröffnung inoffizieller Verhandlungen über diese Frage.

Kleine Auslandsnachrichten.

Washington, 11. Februar.
Der Senat hat den Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten mit Vorbehalt ratifiziert, da einige Punkte, wie verhandelt, dem Staatsdepartement als nicht völlig annehmbar erschienen.

Paris, 11. Februar.
Bei den Zwischenfällen in Marseille, die sich nach Beendigung der Katholikerversammlung ereigneten, sind etwa 100 Personen verletzt worden, von denen in der vergangenen Nacht zwei im Krankenhaus ihren Verwundungen erlagen. Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Untersuchung dauert an.

London, 11. Februar.
„Morningpost“ zufolge verläuft in römisch-katholischen Kreisen Englands, es bestünde eine große Wahrscheinlichkeit, daß zwischen dem Papst und Mussolini in Kürze ein Konkordat zustande kommen werde. In diesem Falle bedäufte der Papst, eine Weltreise zu unternehmen.

Konstantinopel, 11. Februar.
In der Nationalversammlung verles die Rede des Abg. Halid Pascha den Abg. Ali Bey leicht durch Schüsse. Er selbst wurde durch einen von unbekannter Hand abgegebenen Schuß empfindlich verwundet.

New York, 11. Februar.
Wie verlautet, unterhandelt die Stadt Prag mit hiesigen Bankieren über eine achtprozentige Anleihe von 2 1/2 Millionen Doll. Die Auslegung eines Teiles oder des gesamten Betrages der achtprozentigen polnischen Dollaranleihe wird für den 16. Februar erwartet.

Peking, 11. Februar.
Japan richtete an die chinesische Regierung die Forderung, daß sie Schritte zur Beendigung des Streiks ergreife, der die Schantungbahn bedroht.

Tokio, 10. Februar.
Das Parlament hat den vor wenigen Wochen abgeschlossenen Vertrag mit Rußland angenommen.

Tageschronik.

Sturmshäden in Westdeutschland und am Niederrhein.

Düsseldorf, 10. Februar.
In der vergangenen Nacht wurde Düsseldorf von einem gewaltigen Sturm heimgesucht. Die Telefonleitungen waren zum großen Teil gelöst. Vom Rhein kamen heftige Wellen über große Sturmshäden ein. So wurde in Werdingen die Einwohnerzahl gegen Wittern durch einen Abwind aus den Schiffsgeleiten, der in kurzer Zeit die Hochspannung und Telefonleitungen an verschiedenen Stellen niederlegte und jeden Verkehr in dem Straßen des Ortes unendlich machte. Auch in Essen

hat der Sturm große Schäden anrichtet. Auf fast allen wichtigen Straßen, besonders nach Holland, Frankfurt am Main, Kassel, Mannheim, Hannover und Elbfloßingen sind harte Telephonleitungen eingeleitet, deren Beseitigung längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Der weiße Tod.

München, 9. Februar.
In Borsberg hat sich ein neues Leinwandunfall ereignet. Die beiden Brüder Bavenesch wurden von einer Lawine in die Tiefe gerissen, wobei der eine getötet, der andere schwer verletzt wurde. Im Alpbachal wurde der Münchener Ingenieur Lint tot aus einer Lawine gezogen. Seine Frau kam mit schweren Verletzungen davon.

Stuttart in einem Anfall von religiösem Wahn.

Berlin, 10. Februar.
In Borsberg bei Stillingen kürzte sich der Fabrikarbeiter Anderer in einem Anfall von religiösem Wahn mit einem Dolch auf die Schwere, die ihm auf dem Rücken hin die Tür zum Ordenshaus öffnete und hier solange auf sie ein bis sie leblos niederfiel. Andere wurde von einem Eisenbahnarbeiter mit einem Holzstiel niedergestellt und in ein Krankenhaus geschafft.

Deutsches Dumping.

Ein Freund des B. L. in Stockholm schreibt: In der Familie meines schwedischen Schwagers hat es Familienschwachs gegeben. Tal 4 1/2 Jahre alte Söhne hat sich zwar ein Schwereisen gewöhnt, aber es ist wieder ein Jung geworden. Entschuldig sagt der Kleine seine Mutter, warum sie nicht, wie er gesprochen, ein Schwereisen „gelaufen“ habe. „Mutter“ sind schwer, antwortete die Mutter, und Papa hat nicht so viel Geld.“ Der Kleine scheint brüchig, leidet jedoch nach einer Weile an Weis der Mutter und erklärt: Wenn Papa nicht so viel Geld hat, da er ein schwedisches Schwereisen kaufen kann, so hätte er doch ein deutsches Schwereisen kaufen können. Die Deutschen machen ja alles viel billiger!

Tragödie im Hotel.

London, 10. Februar.
Ein furchtbares Tragödie hat sich in einem Temperenzierhotel in Sheffield ereignet. Heute morgen meldete dort ein Zimmermädchen, daß sie aus einem Schlafimmer, das von einem Mann und einer Frau während der Nacht bezogen worden war, trotz mehrmaligen Klopfens keine Antwort erhalte. Als das Zimmer mit Gewalt geöffnet wurde, fand man den Mann mit durchschnittenen Kehle tot im Bett liegen, während die Frau später gleichfalls mit durchschnittenen Kehle, jedoch noch lebend, vorgefunden wurde. In der erst bedenklichen Zustände schaffte man sie ins Krankenhaus. Es ist noch nicht möglich gewesen, festzustellen, wer die beiden Personen sind.

10 Stunden im Boot getrieben.

London, 9. Februar.
In Aberdeen trafen 37 Mann der Besatzung des deutschen Fischdampfers „Wilhelm Fergens“ und weiter englischer Dampfer ein, die im Sturme an der schottischen Küste gestrandet waren. Die deutsche Mannschaft war 10 Stunden im offenen Boot getrieben bis zu ihrer Rettung.

acht amerikanisch!

Paris, 10. Februar.
Ein Wettkampf zwischen Schnellzug und Auto auf der Strecke von Paris nach Cherbourg ist durch den Sieg des Kraftwagens entschieden worden. Die amerikanische Illinois-Talmadge hat sich gegen mit ihrem Wagen auf der „Mauritania“ nach New York eingeschifft, und ein Freund des Ehepaars hatte versprochen, an der Rückfahrt teilzunehmen. Aber dieser Herr hielt sich so lange mit Einkäufen in den letzten Stunden auf, daß er auf dem Bahnhof erst eintraf, als der Zug gerade abfuhr. Durch solche Kleinigkeiten läßt sich aber ein Amerikaner nicht aus der Fassung bringen. Der Reisende bezog sich in einem der großen hallenden Zugautos und gab dem Chauffeur die Adresse an: Cherbourg, Hafenbahnhof. Das Auto traf eine Viertelstunde vor der Ankunft des Schnellzuges ein und der Amerikaner Williams Fogg konnte Madame Talmadge mit dem eignen zu diesem Zweck in Paris gekauften Bekleidungsstück empfangen.

Die vertehrte Welt.

Köln, 10. Februar.
Nachdem schon im Dezember schwere Fröste und Stürme über Transkaukasien niedergegangen waren, wird jetzt eine Kälte von 30 Grad und mehr hoher Schnee aus dem subtropischen Kaukasus gemeldet. Die Eisenbahn Tiflis-Batum ist durch Schneeverwehungen unterbrochen. Die Tabak- und Schifffahrtslagen sind längst der Kälte des Schwarzen Meeres schwer getroffen. Im Kaukasus sind die Weinreben bis zu 60 Proz. ertrorben. In Baku ist die Lichterzeugung fast dreierdrittel. So gar das Kaspiische Meer ist mehrmals eingefroren. Dadurch ist auch der Getreidetransport von West nach Ostland behindert. In mehrwöchigem Gegenlicht an dieser Kälte- und Schneefestigkeit, heftig die auffallende und wirtschaftlich ebenfalls unwillkommene Wärme in Großrußland. Seit der Gründung Petersburgs ist in diesem Jahre zum erstenmal die Wärme in dem ersten Neb anlagen nicht zu gefahren. Die Winterzeit ist vielfach unglücklich beeinflusst.

Amtlicher Teil.

Schutzimpfung der Schweine gegen Rotlauf betreffend.

In Ergänzung der Bekanntmachung der sächsischen Schlachtviehverordnung, die Schutzimpfung der Schweine gegen Rotlauf betreffend, vom 2. 2. 1925 — Nr. 339 A/24 — wird noch bekanntgegeben, daß die Kosten der für die Schutzimpfung erforderlichen Impfstoffe die Aufsicht für staatliche Schlachtviehverordnung trägt und sie den Tierbesitzern unmittelbar vergütet. Die Kosten der Impfung selbst sind von den Tierbesitzern zu tragen.

Dresden, den 10. 2. 1925. 350 A/24

Kaufkraft für staatliche Schlachtviehverordnung.

Der Gemeindevorstand Rudolfs-Verde (Amtsh. Borna) wird für den Verkehr mit Lastkraftwagen gesperrt. Die der Verkehr wird auf die Staatsstraßen verwiesen. II KW 26 5666 Leipzig, am 6. Februar 1925.

Die Kreisbauernschaft.

Auf Blatt 1240 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Schönfelder Papierfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Proßlau betr., ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 29. Januar 1925 von drei Millionen Papiermark auf einhundertfünfzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Dem entsprechend ist § 5 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. Ferner ist § 4 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 5667

Amtsgericht Annaberg, 7. Febr. 1925

Auf Blatt 1539 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Rahmen- und Bekleidungsindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ansbach betr., ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 3. Februar 1925 von vierhunderttausend Papiermark auf dreitausendfünfhundert Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Dem entsprechend ist § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. Weiter ist § 4 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. Ferner ist § 5 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 5668

Amtsgericht Annaberg, 8. Febr. 1925.

Auf Blatt 277 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Friedrichs-August-Burg Aktien-Gesellschaft in Augustusburg betr., ist heute das Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolffs und folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 14. November 1924 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zweiundfünfzigtausend Reichsmark, bestehend in einer Inhaberkasse, mit einhundertvierzigtausend Reichsmark beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 24. Juli 1910 mit seinen wesentlichen Abänderungen ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsurkunde vom 14. November 1924 auch in anderen Punkten abgeändert worden. 5669

Amtsgericht Augustsburg, den 6. Februar 1925

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 30. Januar 1925: 1. auf Blatt 5880, betr. die Firma G. B. Goldbrügge Aktien-Gesellschaft in Chemnitz; Protokoll ist erstellt dem Ingenieur Franz Hermann Peter Kerndl in Chemnitz. Er darf die Gesell-

schaft nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen vertreten;

am 6. Februar 1925: 2. auf Blatt 2792, betr. die Firma Friedrich Otto Vertman in Chemnitz; Die Firma ist erloschen, nachdem das Geschäft als Ganzes auf die neugegründete Friedrich Otto Vertman Aktien-Gesellschaft in Chemnitz übertragen ist;

3. auf Blatt 4186, betr. die Firma Kurt für Mittelsächsischen Aktien-Gesellschaft Filiale Chemnitz in Chemnitz (Sitz in Wittweida); Die Protokolla von Wehlich und Deppang ist erloschen;

4. auf Blatt 5336, betr. die Firma Ida Vohert in Chemnitz; Frau Käthe Ida Vohert ist als Inhaberin ausgeschieden (gestorben am 14. August 1924). Der Kaufmann Arthur Hans Vohert in Chemnitz ist Inhaber;

5. auf Blatt 5935, betr. die offene Handelsgesellschaft G. Oswald Liebich in Chemnitz; Gesamtprotokoll ist erstellt dem Kaufmann Max Hermann Wajmann in Chemnitz. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten vertreten. Einzelprotokoll ist erstellt dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Liebich in Dresden;

6. auf Blatt 7663, betr. die offene Handelsgesellschaft Braun & Richter in Chemnitz; Die Gesellschafter haben die Fortsetzung der Gesellschaft beschlossen, die Liquidation ist daher beendet. Das Amt des Liquidators ist erledigt;

7. auf Blatt 7771, betr. die Firma Hängel & Handold Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Liquidation durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;

8. auf Blatt 7970, betr. die Firma Jakob Eichhorn in Chemnitz; Die Protokolla von Römer ist erloschen;

9. auf Blatt 9238, betr. die Firma Chemnitz-Werkmaschinenfabrik Friedrich Wilhelm Petermann in Chemnitz; Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Ernst Alfred Linke in Chemnitz; am 9. Februar 1925:

10. auf Blatt 8278, betr. die Firma Fischer-Werke Aktiengesellschaft in Chemnitz; Die Vorstandsmitglieder Hans Fischer und Paul Walter Fischer sind ausgeschieden. Die Protokolla von Zeiler und Danowski ist erloschen. Gesamtprotokoll ist erstellt dem Kaufmann Martin Fischer in Chemnitz. Er ist beauftragt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen zu vertreten. Die Protokolla von Werbig ist dahin erweitert worden, daß er die Gesellschaft gemeinschaftlich mit dem Prokuristen Fischer vertreten darf;

11. auf Blatt 8372, betr. die Firma Otto Hammer Aktiengesellschaft für Holz- und Bauindustrie in Chemnitz; Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Rißpacher ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt. Zum ordentlichen Vorstandsmitglied ist weiter bestellt der Baumeister Karl Rudolf Vanger in Chemnitz. Seine Protokolla ist erloschen. Gesamtprotokoll ist erstellt dem Baumeister Hermann Paul Philipp in Chemnitz. Er ist beauftragt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem ordentlichen oder stellvertretenden Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen zu vertreten;

12. auf Blatt 9160, betr. die Firma Traugott Behr Aktiengesellschaft in Chemnitz; Die Liquidation ist durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;

13. auf Blatt 9404 die Firma Traugott Behr in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Carl Emil Franz, dabei ist Er hat das Handelsgeschäft mit den Aktien und Passiven sowie dem Firmenrecht von dem Liquidator der Traugott Behr Aktiengesellschaft in Chemnitz erworben (Brennmaterialien-Großhandel, Zwickauer Straße 44). Einzelprotokoll ist erstellt Frau Marie Theresia vhl. Franz geb. Franz in Chemnitz;

14. auf Blatt 9405 die Firma Walter Geißler in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Georga Walter Geißler, dabei ist (Großhandel mit sämtlichen Schlei- und Papierartikeln und Maschinen, Zimmerstraße 5).

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

a) am 31. Januar 1925 auf Blatt 409 das Erdbein der Firma R. Jacobsohn & Co. in Döbeln;

b) am 6. Februar 1925 auf Blatt 811 die offene Handelsgesellschaft H. Reusch & Co., Intern. Handelsport & Importgesellschaft in Admet und als deren Gesellschafter der Fleischermeister Arno Reusch in Admet und der Kaufmann Friedrich Wenker in Döbeln; ferner, daß die Gesellschaft am 29. Januar 1925 errichtet worden ist. Angegebener Geschäftsgegenstand: Handel mit Lebensmitteln in dem Hause Bahnhofstraße 15. 5671

Amtsgericht Döbeln, 6. Febr. 1925.

Auf Blatt 190 des Handelsregisters, betreffend die Firma Mechanische Weberei Jungbühnel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ebersdorf, ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 24. Dezember 1924 ist das Stammkapital von einhunderttausend Mark in vierhundertfünfhundert Reichsmark umgestellt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 24. Dezember 1924 in den §§ 3 und 5 abgeändert worden. 5663

Ebersdorf, den 9. Februar 1925 Das Amtsgericht.

Im Handelsregister ist heute auf dem für die Firma Fabrik Rechner Chamotteofen Alfred Anieling in Freital bestehenden Blatte 126 eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Freitaler Eisenfabrik Johannes Anieling. 5672

Amtsgericht Freital, 5. Febr. 1925.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Rotwarenfabrikanten Adolf du Bell'er in Weigen, Sachsenstraße Str. 74, alleinigen Inhabers der Firma Adolf du Bell'er in Weigen, wird nach Abhalten des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. 5673

Amtsgericht Meissen, 3. Febr. 1925.

Auf Blatt 946 des Handelsregisters, betr. die offene Handelsgesellschaft J. Remeny u. Co. in Weischdorf, wurde heute eingetragen: Der Fabrikdirektor Carl Cantin in Dresden ist ausgeschieden. Der Vorstand: Carl Rau in Dresden ist in die Gesellschaft eingetreten. 5681

Weissen, 7. Febr. 1925. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma Vogtlandische Spitzenweberei Aktiengesellschaft, Nr. 2550 in Plauen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 22. Dezember 1924 ist das Grundkapital, das sich durch die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommene Einziehung von 800 unentwerteten Aktien um achtundzwanzigtausend Mark bereits vermindert hat, auf neunhundertvierzigtausend Reichsmark, in neuntausendvierhundert auf den Inhaber lautende Stammaktien von je einhundert Reichsmark und in eintausend auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien von je zwanzig Reichsmark mit siebenstimmigem Stimmrecht zerlegt, ermäßigt worden; die Ermäßigung ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 3 sowie in den §§ 7 Abs. 6, 12 Abs. 1 und 16 Abs. 3, 5 durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokoll vom demselben Tage abgeändert worden;

b) auf dem Blatte der Firma Sächsische Textilgesellschaft mit beschränkter Haftung in Plauen, Nr. 4024: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Januar 1925 ist das Stammkapital auf dreitausend Reichsmark ermäßigt worden; die Ermäßigung ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 3 durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokoll vom demselben Tage abgeändert worden;

c) auf Blatt 4415 die Firma Franz Neubauer, Bauholz-Großhandel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Plauen i. V., und weiter folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Januar 1925 errichtet worden;

Gegenstand des Unternehmens ist der Fortbetrieb des bisher unter der Firma Franz Neubauer in Plauen betriebenen Geschäfts, der Holzhandel mit Baumaterialien und die Fabrikation derselben oder verwandter Artikel; das Stammkapital beträgt fünftausend Reichsmark; zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann Franz Neubauer in Plauen und der Architekt Hans Erhard Lang in Weiz. — Weiter wird noch bekanntgegeben: Das Diplom-Ingenieur Arthur Oberstl in Weiz leitet einen Teil seiner Stammensangelegenheiten dadurch, daß er die in dem dem Gesellschaftsvertrag als Anlage B angefügten Besondere bezeichnenden Gegenstände im Gesamtvermögen von 700 Reichsmark in die Gesellschaft einbringt; die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger; das Geschäftsbüro der Gesellschaft befindet sich Zühlowstraße 5;

d) auf Blatt 1732; Die Firma Rudolf Hammer in Plauen ist erloschen;

e) auf Blatt 4104; Die Firma Kurt John in Plauen ist erloschen;

f) auf dem Blatte der Firma Zunderwaren- & Tragefabrik Andreas Söppel in Plauen, Nr. 3499; Die Protokolla des Edmund Hermann Stephan ist erloschen;

g) auf dem Blatte der Firma Julius Heintzel in Plauen, Nr. 906; Arno Friedrich Heintzel ist infolge Ablebens ausgeschieden; seine Erben, der Uhrmacher Arno Max Felix Heintzel, der Mechaniker Johannes Paul Hermann Heintzel und Frau Christine Auguste Marie vererbt. Karl geb. Heintzel, nämlich in Plauen, schließt das Handelsgeschäft in Erbgemeinschaft fort;

h) auf Blatt 4416 die Firma Wübinger & Co. in Plauen und weiter, daß der Kaufmann Karl Georg Wübinger in Buchwald bei Reichenau i. V. und der Autohändler Johann Peter Reichenau in Plauen die Gesellschafter sind und die Gesellschaft am 3. Februar 1925 begonnen hat;

i) auf Blatt 4417 die Firma Pfeil, Klotz & Scheffler in Plauen und weiter, daß die Kaufleute Karl Rudolf Pfeil in Obernandorf, Paul Richard Klotz in Plauen und der Maschinenhändler Louis Arthur Scheffler dabei sind die Gesellschafter sind und die Gesellschaft am 1. Januar 1925 begonnen hat.

Angegebener Geschäftsgegenstand und Geschäftsbüro zu h: Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Planos, Baujahr Straße 134 Hinterhaus; zu i: Fabrikation von John- und Kugelbüchsen, Baujahr Straße 34. 5685

Amtsgericht Plauen, 7. Febr. 1925.

Auf Blatt 377 des Handelsregisters, die Zwickauer Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Zwickauer Maschinenfabrik in Zwickau betr., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag vom 10. Juli 1920 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. Juli 1923 laut Rotariatsprotokoll vom gleichen Tage im § 6 abgeändert worden. Die Generalversammlung vom 10. Oktober 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwanzig Millionen Mark in fünftausendzweihundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je tausend Mark, zweitausenddreihundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je sechshundert Mark und einhundert auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je zehntausend Mark, mithin auf fünfzig Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Durch Beschluß derselben Generalversammlung ist der Gesellschaftsvertrag vom 10. Juli 1920 in den §§ 2, 2a, 7, 9 und 10 laut Rotariatsurkunde vom 10. Oktober 1923 abgeändert worden. 5675

Amtsgericht Schneeberg, 6. Febr. 1925.

Auf Blatt 661 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Hermann & Seitzmann, Aktiengesellschaft für Erampfwarenfabrikation in Johannisdorf betr., ist heute eingetragen worden: Dem Kaufmann Johann Georg Werner in Frankenberg ist Gesamtprotokoll in der Weise erteilt, daß er die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied oder einem zweiten Prokuristen vertreten kann. 5674

Amtsgericht Stollberg, 6. Febr. 1925

Dresden.

Generalberatersstellen.

Das Presseamt des Polizeipräsidenten schreibt und: Unter obiger Überschrift ist durch einen Teil der Dresdener Tagespresse lediglich ein verschiedene Unrichtigkeiten enthaltendes Aufsatz gegen die, der bekannte Dresdener Journalist, Prof. Dr. med. Galemanski, jetzt, wie folgt, richtig stellt:

Auch in Dresden besteht eine von Prof. Dr. Ruhn geleitete Eheberatungsstelle, und zwar in der Technischen Hochschule. Diese Eheberatungsstelle, für die die Dresdener Ortskommission die Kosten trägt, besteht seit einem halben Jahre. Daraus und was über sie noch verhältnismäßig wenig in der Presse geschrieben worden ist, erklärt es sich, daß diese Stelle weiteren Kreisen noch wenig bekannt ist. Diese Beratungsstelle ist, wie ihr Name schon sagt, in erster Linie eine Eheberatungsstelle. Sie befaßt sich aber auch mit Beratungsfragen und mit der Fürsorge für die Nachkommenschaft. Bei ihrer Arbeit werden selbstverständlich auch sexuelle Fragen mit geteilt und in ihnen Rat erteilt.

Bei Geschlechtskrankheiten kommen vor allen Dingen die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt Dresden-M., Unterstraße 26, und die dem Krankenhaus Dresden-Friedrichsbad angegliederte Beratungsstelle in Betracht. Dort erhalten alle Geschlechtskranken unentgeltliche Beratung, wie dort auch in sexuellen Fragen Aufklärung gegeben wird. Diese Stelle vermittelt auch die unentgeltliche Behandlung unentgeltlicher, keiner Krankenkasse angehöriger Kranke.

Weiter wird auf die aufklärerische Tätigkeit hin-

gewiesen, die von den Schulärzten regelmäßig vor den Berufsschülern sowie vor den Schülern der höheren Lehranstalten gehalten wird. Auch darf die Arbeit der Gesundheitsberufe usw. nicht unberücksichtigt bleiben.

* Verlegung der Polizeiwache und der Kriminaldienstelle Dresden-Mitte. Die Polizeiwache Dresden-Mitte mit Kriminaldienstelle ist aus der ehemaligen Schützenkaserne in das Verwaltungsgebäude des Arsenal am Königplatz 3 verlegt worden. Die Polizeiwache hat durchgehende Wechselschicht, die Kriminaldienstelle ist im Sommer halbjahr von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, im Winterhalbjahr von 8 Uhr vormittags bis 1/8 Uhr nachmittags geöffnet.

* Umwandlung der Versicherungsarten der Kassenversicherer. Nach den Bestimmungen der hiesigen Kassenversicherungsstellen der Angestelltenversicherung - Stadthaus Theaterstraße 13, I., Zimmer 116, Fernsprecher 25001 - sind immer noch viel der seit dem 1. Januar 1923 verwendeten älteren Versicherungsarten mit der Nummer 1 nicht gegen neue Karten umgetauscht worden, obwohl sie bei regelmäßiger Versicherung mit dem Ablauf des Jahres 1924 mit Beitragsmatten voll bezahlt sein müssen. Die Karten sind umzutauschen, sobald die Kartenfelder mit Beitragsmatten gefüllt sind, sonst 3 Jahre nach der Ausstellung. Koch nicht voll mit Karten besetzte Karten werden also innerhalb der gesetzlichen dreijährigen Laufzeit in der Regel nicht umgetauscht, höchstens auf besonderes Verlangen der Versicherten, dann aber auf seine Kosten.

Kartenscheine für den Umtausch der mit Karten gefüllten Versicherungsarten sind nicht vorzulegen. Für das regelmäßige und rechtzeitige Bewenden (Einlösen und Entwerten) der Monatsbeitrags-

marken in die Versicherungsart (bei jeder Gehaltszahlung) hat grundsätzlich der Arbeitgeber zu sorgen. Damit dies ordnungsgemäß geschehen kann und die Beteiligten nicht rechtlichen und finanziellen Nachteilen sowie anderen Belästigungen ausgesetzt werden, ist es erforderlich, daß die mit Beitragsmarken gefüllten Versicherungsarten nunmehr unverzüglich zum Umtausch bei der Ausgabe stelle einerselbst werden, am besten - wie schon früher erwähnt - gesammelt durch den Arbeitgeber für alle seine Versicherten. (Vgl. „Dresdener Anzeiger“ Nr. 537 vom 10. Dezember 1924 und Nr. 24 vom 15. Januar 1925.)

* Sparkasse der Stadt Dresden. Im Monat Januar 1925 sind bei der Sparkasse der Stadt Dresden rund 600 000 R. eingezahlt und rund 32 000 R. zurückgezahlt worden, mithin betragen die Nettoeinzahlungen rund 568 000 R.

* Spende. Herr Ernst Kahdemann, Kohlenhändler, Schönbrunnstr. 18, hat dem Fürstengem. 150 Jtr. Stenochloidschlamm zur unentgeltlichen Abgabe an Bedürftige zur Verfügung gestellt.

* Laubkammer im Neuhäuser Schauspielhaus. Die Direktoren des Neuhäuser Schauspielhauses hat den Kindern der Laubkammer in der Schule eine große Freude bereitet, indem sie sie zum Besuch des Weihnachtsspiels „Petersens Mondfahrt“ einlud. Die kleinen Neuhäuser folgten mit lebhafter Teilnahme den wechselnden Ereignissen der beiden Kinder auf ihrer Traumfahrt zum Mond, und die Spannung an all das Schöne beherrschte noch tagelang ihre Unterhaltung und ihr Spiel.

* Der Gewerbeverein hat seiner gestrigen, wiederum sehr zahlreich besuchten Versammlung abends zwei Vorträge. Bundschiff sprach Schriftleiter Vogel über die „Entstehung einer modernen Großstadtzeitung“ und verband es vor allem, die vielseitige, fröhliche Reden be ansprechende Tätigkeit des Journalisten zu schildern, von der der Vortrager eines Blattes meist keine rechte Vorstellung hat. Im Film wurde hierauf der Werdegang eines Zeitungsgemäldes von seiner

redaktionellen Bearbeitung bis zum Versand gezeigt. — Den Hauptvortrag hielt Prof. Dr. Graefe über „Die deutsche Braunkohlenindustrie“. Der Redner schilderte seiner Zuhörerschaft ein hochinteressantes Bild wertvoller Arbeit, und es wäre nur zu wünschen, daß dieser Film, begleitet von solch sachkundigen Ausführungen, recht weiten Kreisen zugänglich gemacht würde. Aber es ist ja meist so, daß man über Dinge, die uns am nächsten liegen, nicht recht unterrichtet ist. So verdient auch an dieser Stelle hervorzuheben zu werden, daß der Freikohlensachen der größte Förderer von Braunkohlenfeldern im Reich ist und ihren Ertrag an Ort und Stelle (Hirschfeld) in Elektrizität umsetzt. Der Redner schäuferte dann im Einzelnen die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle, ihre Verwendung für Industrie und Haushalt sowie ihre chemische Auswertung. Im Trösch und in Naturaufnahmen wird hierauf eine fesselnde Darstellung von der Entdeckung der Braunkohle und ihrer Gewinnung gegeben. Letztere erfolgt sowohl im Tagebau wie im Tiefbau, und vor der Bahneröffnung hat sich hierbei eine eigenartige Welt auf, beginnend mit Beben und Bergsturz von Jahraufenden und schließlich mit der Anwendung modernster Schichtenwunder, die zwar die körperlich schwere Arbeit des einzelnen Menschen nicht ausschalten, aber doch Grade höchster technischer Erfindungen zeigen. So sah man in allen Einzelheiten die mächtige Herstellung der Kapselproben, des Strickens und die Gewinnung chemischer Produkte, wie Teer, Teeröl, Ammoniak und die Erzeugung der Parafraktionen. Diese Kapselproben, die Tausende von Arbeitern beschäftigen, sind auch mit Wohlfahrtsmaßnahmen aller Art ausgestattet, eine Versorgung — es sei nur an die schmunzeln Wohnstätten erinnert — große Beschäftigung gewährt. Den beiden Vorträgen wurde lebhaft beigestimmt.

* Das kommende Geschlecht. Die unter diesem

Theorie und Praxis der gehobenen Fürsorge.

Von Max Dörffel.

Beisitzer des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten-Ortsgruppe Dresden.

Nach über den Kreis der subjektiv und objektiv an der künftigen Gestaltung der öffentlichen Fürsorge interessierten Personen hinaus ist das Kapitel Wohlfahrtspflege in den letzten Monaten Gegenstand lebhaftesten Meinungsaustausches gewesen. Nicht nur in der Presse und auf Tagungen von Vereinigungen, die sich mit sozialer Arbeit befassen, sondern auch von Behördenvertretern und den Verbänden der Fürsorgeberechtigten und nicht zuletzt in den Parlamenten des Reiches, der Länder, der Bezirke und der Gemeinden hat die Behandlung des Stoffes einen dafür sonst nicht gewöhnlichen Raum eingenommen. In Sachsen steht die abschließende Tat unmittelbar bevor, nämlich die Verabschiedung eines

Sächsischen Landeswohlfahrtspflegegesetzes.

Dieses wird auf lange Zeit die Grundlage für die künftige Fürsorge bilden und den Rahmen ausfüllen, den das Reich durch die Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 geschaffen hat. Wenn es fast ein Jahr dauerte, ehe Sachsen die zugehörigen gesetzlichen Bestimmungen verabschiedete, so ist das sicher insofern von Vorteil, als sich inzwischen — naturordnungsmäßig geregelt — Erfahrungen gesammelt haben, die bei der Verabschiedung des endgültigen sächsischen Gesetzes verwendet werden können.

Diese Erfahrungen werden ganz besonders wertvoll sein, wenn der Landtag daran geht, gesetzliche Garantien dafür zu schaffen, daß die kommende Fürsorge in Sachsen eine gehobene wird. Erkennt man sich der Umstände und Auslegungen, die manche Sachleute über die Bedeutung und den Willen der Fürsorgepflichtverordnung in Satz- und Satzteilungen verabschiedeten, so lehnt überall die Erkenntnis wieder, daß die künftige Fürsorge eine völlig unterschiedliche, weit leistungsfähigere und großartigere gegenüber der früheren sein werde, und daß die Fürsorge vor dem 1. April 1924 einen Vergleich mit der Fürsorge nach diesem Zeitpunkt nicht aushalten könne. Vor allen Dingen wurde auch die Gefahr beklagt, die nach Ansicht der hierbei in Betracht kommenden Fürsorgeberechtigten, den bereits gehobenen Fürsorgezweigen drohe. In erster Linie kam das in Frage bei der

sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

die den gehobenen Fürsorgezweig verdrängt, und auf diesem Niveau man die übrigen Zweige der Fürsorge hinaufheben wollte. Von den verschiedenen Seiten wurden die Bedenken der Kriegsopfer zu gewahren versucht, daß ihre Fürsorge umgekehrt zu verfallen und in der allgemeinen Fürsorge unterzugehen drohe. Nicht nur Vertreter der sächsischen Militärinvalidenverbände äußerten sich in der bezeichneten Weise, sondern auch das Reichsarbeitministerium erklärte, mehr oder weniger offiziell, die aufstrebenden Bedenken für ungerechtfertigt. In den Fürsorgefachkreisen behandelten sonstige Gesetzgebungsstellen die künftige soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge und kamen dabei zu dem zweifelhaften Ergebnis, daß die Rechte der Kriegsopfer durch die neue Fürsorgegesetzgebung keineswegs geschmälert werden sollten, sondern daß es dem Willen des Gesetzgebers unabweislich entspräche, daß die Kriegsopferfürsorge unbedingt das bleiben solle, was sie zur Zeit ihrer höchsten Leistungsfähigkeit war.

Daher sind Monate ins Land gegangen. Nach den Koryphäen des grünen Tisches hatte inzwischen die Praxis Gelegenheit, ihr gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen.

Was zeigt sich nun?

Alle Auslegungen, Deutungen und Absichten haben sich als zu leicht erwießen. Sie sind von dem Gewicht der praktischen Auswirkung völlig aufgehoben und es ist ihnen der Boden entzogen worden. Darüber gibt es schon heute keinen Zweifel mehr, obgleich es in Sachsen an der gesetzlichen Grundlage noch mangelt. Die Praxis vermahnt eben mit Tatsachen; die leblosen Buchstaben irgendwelcher Vorschriften sind von sekundärer Bedeutung, soweit nicht etwa dahinter genügend finanzielle Kräfte stehen, die hier zunächst fehlen. Nur dem Vorhandensein dieser Kräfte droht noch einigermaßen Aussicht, daß sich gesetzliche Maßnahmen, die mit finanziellen Mitteln verbunden sind, auch so durchsetzen, wie es der Gesetzgeber wollte.

Auf dem Gebiete der Fürsorge neuer Kräfte liegen aber die Dinge umgekehrt; man hat hier das Pferd beim Schwanz angefaßt. Um dieses Gleichnis zu verstehen, ist es erforderlich, sich neben den theoretischen Auslegungen auch der Intention der Fürsorgepflichtverordnung anzueignen, die den Gedanken der Zurückweisung, aus denen heraus sie überhaupt geboren wurden. Das eigentliche Ziel ist in dem Kapitel

„Ermächtigungsgesetze“

zu finden. Die Ermächtigungsgesetze beauftragten die Reichsregierung, die Maßnahmen zu treffen, die sie, im Hinblick auf die Not von Volk und Reich, für erforderlich und dringend erachtete. In dem Materialien zur Fürsorgepflichtverordnung findet sich weiter folgender Satz: „Die Finanznot des Reiches erfordert es gebieterisch, daß auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und dem der besonderen sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene die Maßnahmen getroffen werden, die zu einer wesentlichen Vereinfachung der Verwaltung und Einsparung von Kosten beitragen.“ Diese Verfügungen lauten sich nicht auf der Welt schaffen, und der Grundgedanke der Ermächtigungsgesetze war ja — man erinnere sich — sparen, sparen, sparen!

Wachtet man den Gedanken, so gehört eine partei Danks Optimismus zu der Annahme, daß eine unter diesen Gesichtspunkten neu zu regelnde Fürsorge den Charakter einer gehobenen gegenüber einer allgemein früheren nicht gehobenen annehmen werde. Da aber sowohl die Reichsregierung, wie die ihr nachstehenden Interpreten der Fürsorgepflichtverordnung diese gegenüber den früheren Verhältnissen unbedingt als einen Fortschritt hinstellen verstanden, war man schon geneigt, sich von diesem Optimismus absetzen zu lassen, wenn nicht nach einigen Monaten seitens des Reiches hätte bekannt und zugestanden werden müssen, daß von ihm nichts getan werden könne, um die neue Fürsorge zu einer gehobenen auszugestalten,

daß es vielmehr den Händen überlassen werden müsse, ihrerseits die Forderung vorzunehmen. Wo diese das Geld dazu heranzubringen sollen, war dabei nicht gefragt. Das war bei dem „Fortschritt“ der erste Rücksicht. Das Fürsorgeparlament begann zu sinken, es sank weiter, und es wird bald Sturm ansetzen, wenn nicht schon der Landtag eine rettende Tat vollbringt.

Alle Kräfte sind auf ihn gerichtet.

Da Sachsen nicht sofort mit einem Ausführungsgesetz der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht gefolgt ist, sondern die Übergangzeit nur naturordnungsmäßig geregelt hat, so war inzwischen Gelegenheit zu Beobachtungen in der Praxis, die der Entwicklung zwar vorzuziehen, die aber sehr interessante Beobachtungen mit sich bringen. Die naturordnungsmäßige Regelung ließ einen verhältnismäßig freien Spielraum bei Anwendung der Fürsorgepflicht. Verfahren, Mitwirkung, Befehrswege, Jubiläumsgeld sollten nach den bisherigen Bestimmungen vollständig weiter geregelt bleiben, doch haben es viele Selbstverwaltungskörper als einen unerwünschten und unzulässigen Einbruch in ihr Selbstverwaltungsrecht betrachtet. Sie sind auf diese Dinge noch halten zu sollen, zumal sie auf einer Zeit und aus Verhältnissen stammen, wo die Konzeption der Fürsorgepflichtverordnung an die Selbstverwaltungskörper noch nicht vorhanden waren. Vor allem ist an vielen Stellen die subjektive Ablehnung der Fürsorgeberechtigten und Fürsorgebedürftigen anzuführen, während es doch gerade einen ausgeprägten Übergang bedeutet hätte, sich beispielsweise

Einrichtungen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge

zu bedienen, die doch immer als Mutter der kommenden Fürsorge hingestellt wurde. Das tat man nicht getan. Der Staat ist dabei insofern nicht mit gutem Beispiel vorangegangen, als er selbst dem vorhandenen Apparat der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge das Bedürfnis aufgedrückt hat, statt ihn zum Kernpunkt der neuen Fürsorge zu machen. Zum Beispiel sind auch die Bezirksverbände zum Teil gefolgt, denn angerechnet das Personal der gehobenen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, der Personen also, die,

nach den theoretischen Auffassungen, am ehesten geeignet waren, die Fürsorge auf das ihnen in jahrelanger Tätigkeit bekannte Gebiet der gehobenen Fürsorge herauszuheben, hat man dem Staate zur anderweitigen Verwendung zur Verfügung gestellt. Wenn das auch verallgemeinert werden kann, so ist es doch symptomatisch.

Der Hauptgrund für diese Maßnahme aber kann in keiner anderen Ursache gefunden werden, als daß auch in der Praxis mangelte, was die Ermächtigungsgesetze in den Hals hineingeworfen haben. Sparen, sparen, sparen! Dabei läßt sich eben nicht eine Fürsorge „heben“, denn zu einer Hebung gehört in erster Linie eine recht kräftige

gesetzliche Grundlage.

Es ist doch leicht, daß einer Sparabsicht oder Ermächtigung aus irgend einem Gebiete eine Einschränkung folgen muß und nicht das Gegenteil.

Die Ausgestaltung des gerade in einem gehobenen Fürsorgezweig erfahrenen Personals läßt sich auch darauf schließen, daß auf die Erfahrungen aus diesem Bereiche ein besonderer Wert gelegt, und daß die allgemeine Fürsorge eben der wichtigere Teil der neuen Fürsorge sein wird und aus dem erweiterten Rahmen der Sparabsicht wahrscheinlich auch sein muß.

Wacht man noch einen Schritt weiter und sieht sich die Haltung der meisten Selbstverwaltungskörper, der Gemeinden, an, so verliert sich noch mehr der Eindruck, daß bei der allgemeinen Notlage, in der sich viele Kreise der arbeitenden Bevölkerung heute befinden, wohl nicht an eine Hebung der Fürsorge gedacht werden, sondern daß man höchstens die früheren Normen beibehalten kann, weil schon hierbei die Anforderungen an die Gemeinden sich dadurch steigern, daß der Kreis der Hilfsbedürftigen sich wesentlich vergrößert hat. Aus diesem Grunde sind die Gemeinden nicht in der Lage, einen großzügigeren Maßstab an die Bemessung der Bedürftigkeit zu legen, sondern sie sind im Gegenteil gezwungen, vorsichtiger zu messen. Das mag noch so sehr im Gegensatz zu den

Absichten des Gesetzgebers

stehen, die rasche Wirksamkeit in Gestalt leerer Gemeindefinanzen verleiht es ihnen aber, eine andere Haltung einzunehmen. Solange nicht durch eine schnelle und durchgreifende Revision der Steueransatzbestimmung hier Wandel geschaffen wird, sind die Gemeinden in den meisten Fällen nicht in der Lage, den Forderungen der Reichsregierung nachzugeben, geschweige denn gar auf eine Hebung der Fürsorge hinzuwirken. Und so ist denn die Tatsache erkennbar, daß gerade der Kreis, dem man immer und immer wieder das Recht und den Anspruch auf die gehobene Fürsorge am lautesten verkündet hat, die Kriegsopfer nämlich, heute schon anfangen, leer auszugehen. Die Fürsorgeanstalten zahlreicher Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß ein Kriegsbeschädigter oder eine Hinterbliebene, die Rente und Zulage erhält, eben wegen ihrer Rentenbezüge als bedürftig nicht mehr anzusehen sind und demzufolge für eine Fürsorgeaufnahme auszuscheiden haben. Es gibt sogar Gemeinden, die selbstverständlich werden, wenn etwa das Personal der Kriegsbeschädigten in den gewöhnlichen Rahmen weiterwandeln und die bisherige Fürsorge weiter treiben will. Wenn es heute auch nur Einzelfälle sind, so ist wohl die Ansicht berechtigt, daß diese Fälle mehr Schule machen als die umgekehrten, weil ja an vielen Stellen bis heute die eigentliche

Tragweite der Dinge

noch nicht erkannt worden ist. Wenn das der Fall sein wird, dann werden die Gemeinden und ihre Ausschüsse aufstehen und werden rufen:

„So geht das nicht. Wir können die Fürsorge nicht heben. Wir müssen Rücksicht nehmen auf unsere Gemeindeglieder, die als ungelernete Arbeiter beschäftigt sind und einen Lohn erhalten, der manchmal die Einkünfte eines Rentenzüchters nicht erreicht. Die Gesamtleistungsfähigkeit der Wirtschaft gebunden. Eine

nach so sehr für erwerbsfähig gehaltene Person, die die Fürsorgeleistungen scheitert, bei den heutigen Lohnverhältnissen, an dem Einkommen des ungelerneten Arbeiters. Will man dem nicht Rechnung tragen, so tritt der früher in Wohlstand unter dem allowance-System getretene Fall ein, daß dann fast die ganze Bevölkerung unterdrückt werden möchte, die, außer ihrer Arbeitskraft, kein Vermögen besitzt. Die große Not der Gegenwart ist, daß es sich um eine Massennot handelt.“

Das ist primär; Wohlfahrtspflege ist wohl nötig, sehr nötig, aber sekundär. Mit Wohlfahrtspflege läßt sich der Konsum nicht bestreiten. Was nützt Schulspflege, was nützt Unterbeziehung von Kindern an der See, wenn der Lohn des Vaters nicht ausreicht, um eine bessere und kräftigere Ernährung für seine Kinder sicherzustellen, oder wenn die Wohnung so klein und ungesund ist, daß ein vielleicht schöner Erfolg des Erholungsurlaubes in 4-8 Wochen schon wieder verpufft ist? Das sind Tatsachen, mit denen die Praxis rechnen muß. Tausend ergibt sich hier, daß eine Hebung unmöglich ist, weil dabei die Grenze, was

Bedürftigkeit und Umfang des Personals

anlangt, erweitert werden möchte, nach der Praxis aber eher das Gegenteil erforderlich erscheint. Hier kann nur eine Änderung des Systems der Wirtschaft helfen. Wohlfahrtspflege kann höchstens vorübergehend etwas an dem heillosen Pfahle auf diese oder jene wackelige Stelle am Volkstempel sein. Helfen und zu einer dauernden Gesundung führen kann sie unter den jetzigen Verhältnissen nicht.

Sparen, sparen, sparen wird immer wieder zwischen den Zeilen stehen. Das Gesetz der Ermächtigungsgesetze wird nicht aufhören, immer wieder mahndend seine Hand zu erheben, denn es ist doch der Vater der neuen Fürsorge. Die „Reichsverordnung“ über die Fürsorgepflicht ist ihm ein feines Papier, der leicht ist, und mit dem ein Windhauch sein Spiel treibt.

Was ist noch zu tun, um die gehobene Fürsorge zu retten?

Quest sind alle Hoffnungen auf eine gehobene Fürsorge einzubüßten, die fast unüberwindlich den Fürsorgebedürftigen immer wieder wie eine fata Morgana von den verschiedensten Stellen vorgegaukelt werden. Es grenzt an Frevel, in das Dasein der Armen immer wieder solche Illusionen zu senden, die sie wie zu wirklichen Sonnenstrahlen werden können. Die Armen dann immer wieder in ein um so tieferes Dunkel sinken lassen.

Tausend sind alle Fürsorgeexperimente zu unterlassen. Sie kosten Geld, das jetzt noch fehlt. Deshalb hier aufnahmewise einmal konservativ sein, das Beste stehen lassen oder wieder herbeiführen, wenn es bei der

„Massennot des Volkes“

jetzt nicht zur „Hebung“ langt.

Um aber mit der Zeit die in allen Dingen veränderte gehobene Fürsorge doch zu erreichen, hat der Landtag jetzt eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Nur allein das Landeswohlfahrtspflegegesetz kann hier noch einen Wandel andrehen, kann aber fassen. Der Landtag hat es in der Hand, zu bestimmen, ob die Zukunft Tausender von Hilfsbedürftigen bis an Lebensende trüb und dunkel sein, oder ob die Sonne einer gehobenen sozialen Fürsorge ihr mildes Dasein noch einmal erleuchten soll. Das ist möglich, denn öffentliche Gelder sind vorhanden, wie die Fälle Rauter, Baum, und all' die traurigen Namen zeigen. Man hat bei ihrer Verteilung nur die Weisheit falsch gestellt. Dann ist noch zu beachten, daß auch Steuerermäßigungen die Wohlfahrtspflege auf ein solches Niveau führen, das in Einklang mit der Wirtschaft steht. Hier noch im rechten Augenblick den Hebel herumzuwerfen, bedeutet die tatsächliche Hebung der Fürsorge für Tausende und Millionen hilfsbedürftiger Volksgenossen; das Gegenteil heißt Mangel, Not, Verelendung.

Landtag, handle!

Aus Sachsen.

Sächsische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus.

Angeichts der mangelnden Erhaltung des Einzelnen und der nicht immer leichten Zugänglichkeit des einschlägigen Tatsachenstoffes über die Alkoholfrage ist eine zentrale Stelle, die die Erfahrungen sammelt und sichtet, Auskünfte erteilt und organisiert, — und das ist die Aufgabe der Sächsischen Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus. Diese ist am 2. März 1921 gegründet worden und löst die alkoholgegnerischen Organisationen Sächsen aller Richtungen, die vorher nur lose in dem Sächsischen Genossenschaftsverband gegen den Alkoholismus vereint waren, zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Sie hat zugleich die Rolle eines Forschungsinstitutes übernommen, wie sie dem Sächsischen Landeswohlfahrtsamt für die Einzelzweige der Wohlfahrtspflege gebildet worden sind, und steht auf

dieser Weise mit dem Landeswohlfahrtsamt in ständiger enger Fühlung. Als ein Ergebnis dieser fruchtbringenden Arbeit sei nur die kürzlich erschienene Sondernummer der „Blätter für Wohlfahrtspflege“ genannt, die ausschließlich der Bekämpfung des Alkoholismus gewidmet ist. (Einzelhefte sind durch die Geschäftsstelle, Dresden-L., Neudammstr. 19, Fernsprecher 17538, zum Preise von 1 M. zu beziehen.)

Die Landeshauptstelle konnte in den Jahren 1921/22 eine rege Tätigkeit vor allem in Gestalt von Vorträgen entfalten. Im Jahre 1923 bis weit in das Jahr 1924 war sie durch die Internationalen Kongresse gehemmt. Nachdem aber die Bekämpfung des Alkoholismus als Reichsaufgabe eine gewisse Unterstützung erfährt, kann die Arbeit in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden, die allen alkoholgegnerischen Verbänden zugute kommt. Die Aufgaben der Landeshauptstelle lassen sich unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen:

1. Allgemeine. Hierher fallen die laufende

Herandgabe des Verlangten von Tatsachenmaterial, die sämtlichen Wohlfahrtsämtern und Bezirksstellen zugute kommen soll, wie es ja bei letzteren schon geschieht ist. Ferner ist hier die Nachweisung sachkundiger Redner zu Vorträgen und die Aufklärung über alle Gebiete der Alkoholfrage zu nennen. Die Abteilung Schriftwesen und bezogil Literatur jeder Art über die Alkoholfrage.

2. Erziehung und Unterricht. In Verbindung mit dem Land enthaltenem Erziehungs- und Lehrpersonal, ist bei der Landeshauptstelle eine Abteilung Erziehung beauftragt worden, die ihre Aufgabe hauptsächlich in der Unterweisung der Lehrer sieht. Die Leitung liegt in den Händen von Stadientrat Kerbig. Lehrgänge, wie sie in den Jahren 1921/22 an acht verschiedenen Orten Sächsen abgehalten worden sind, bilden ein erprobtes Mittel hierzu, das zugleich auch Wohlfahrts- und Verwaltungskräften dienlich gemacht werden kann.

3. Trinkerfürsorge. Auch hierfür besteht eine besondere Abteilung unter Leitung von B.

Grünert. Die Abteilung wird insbesondere für den Austausch von Erfahrungen, für Vereinfachung der Arbeit der schon bestehenden Beratungs- und Fürsorgestellen für Alkoholfranke und nach Möglichkeit für Neugründung solcher Stellen zu sorgen. In Dresden gibt es vier Trinkerfürsorgestellen. Die Beratungs- und Fürsorgestelle für Alkoholfranke aller Stände steht ebenfalls unter Leitung von B. Grünert (Sprechstunde Montag von 4 bis 7 Uhr); die Sprechstunde des Arztes, Stadt-Bezirksamt Dr. med. Hataun, ist Mittwochs von 3 bis 4 Uhr. Außerdem ist eine Fürsorgestelle hauptsächlich für die Beratung der Verurteilten über die Vermeidung des Alkoholismus in der Strafkolonie eingerichtet. Die Beratungs- und Fürsorgestelle für Alkoholfranke aller Stände steht ebenfalls unter Leitung von B. Grünert (Sprechstunde Montag von 4 bis 7 Uhr); die Sprechstunde des Arztes, Stadt-Bezirksamt Dr. med. Hataun, ist Mittwochs von 3 bis 4 Uhr. Außerdem ist eine Fürsorgestelle hauptsächlich für die Beratung der Verurteilten über die Vermeidung des Alkoholismus in der Strafkolonie eingerichtet. Die Beratungs- und Fürsorgestelle für Alkoholfranke aller Stände steht ebenfalls unter Leitung von B. Grünert (Sprechstunde Montag von 4 bis 7 Uhr); die Sprechstunde des Arztes, Stadt-Bezirksamt Dr. med. Hataun, ist Mittwochs von 3 bis 4 Uhr. Außerdem ist eine Fürsorgestelle hauptsächlich für die Beratung der Verurteilten über die Vermeidung des Alkoholismus in der Strafkolonie eingerichtet.

Werfen mit Steinen nach Eisenbahn-
Läden.

Seit einiger Zeit ist es häufig zu beobachten, daß fahrende Personenzüge mit Steinen beworfen werden. Soweit die Täter zu ermitteln sind, hat sich dabei herausgestellt, daß jugendlicher Übermut der Ursache hierzu ist, es kommen vereinzelt aber auch verbrecherische Anschläge auf die Züge vor. Die Täter sind leider nur selten und schwer zu fassen. Da bei solchen Gelegenheiten schon oft Reisende durch Steine und Glasplitter verletzt worden sind, sollte sich auch die Allgemeinheit dafür interessieren. Eltern sollten ihre Kinder und Lehrling ihre Schüler auf das Verwerfen von Steinen auf Eisenbahnen aufmerksam machen. Aber auch bei der Ermittlung der Täter kann die Allgemeinheit die Reichsbahn-Gesellschaft und die Polizeibehörden unterstützen.

Schnellzugsverbindung Dresden-Ham-
burg über Hannover (Lehrte).

Der Dresdner Verkehrsverein teilt mit: In Kreisen des reisenden Publikums scheint es nicht genügend bekannt zu sein, daß zwischen Dresden und Hamburg mehrfach Verbindungen über Hannover besteht. Diese bestehen, wenn man von den einzigen direkten Tageszug Dresden-Hamburg (ab Dresden 1.55, an Hamburg 6.45) nicht benutzen kann, durchaus nicht auf dem weiten des Bahnstreckensystems sehr un-
bequemem Weg über Berlin anzuweisen ist. Es liegen auch in Dresden (am Schalter und in dem Reisebüro) durchgehende Fahrkarten nach Hamburg über Hannover auf.

Die Verbindungen sind: Nachtverbindung Dresden-Hamburg ab Dresden 7.25 an Hannover 2.25. Weiterfahrt mit dem von München kommenden D-Zug 4.15 an Hamburg Hof. 7.18, Altona 7.42. — Nachtverbindung Hamburg-Dresden ab Altona 10.12 an Hamburg 11.15 an Hannover 2.15 an Dresden Hof. 11.31. — Tagesverbindung Hamburg-Dresden ab Dresden 3.08, an Dresden Hof. 10.17 (Speisenwagen auf der ganzen Strecke). — Zu beachten ist, daß bei der letztgenannten Verbindung in Lehrte, bei den beiden erstgenannten Bahnen in Hannover umzu-
steigen ist. Im übrigen Wagenübergang zwischen Dresden und Hannover oder Lehrte einerseits und Hamburg und Hannover oder Lehrte andererseits.

Billiger Winter-Sonderzug nach München
am 28. Februar für jedermann.

Zahlreiche Anfragen empfehlen, im nächsten zu vermeiden, nochmals auf diesen Sonderzug hinzuweisen. Sächsische Anmeldebüros nehmen entgegen: Dresdner Verkehrsverein, Hauptbahnhof, Ostbau und Altmarkt, Reichsbahn, sowie Sporthaus Insel, Gewandhausstr. 3. — Die Anmeldebüros werden am 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, geschlossen. Entsgegen der ersten Bekanntmachung an dieser Stelle, sowie auf den Plakaten muß heute gemeldet werden, daß der Sonderzug nur 3. Klasse führen wird. Von der Bestellung der 4. Klasse hat man wegen unvorhergesehener Verkehrs- u. d. schiedlichstechnischer Gründe absehen müssen. Die schriftlichen Anmeldungen sind verbindlich; jedoch sind zum Zustande kommen des Zuges 401 Anmeldungen nötig. Etwa 100 Anmeldungen liegen vor. Der Preis für Hin- und Rückfahrt 3. Klasse beträgt 22.90 RM. Die Rückfahrt kann beliebig erfolgen; jedoch bis spätestens 30. April. Der Verkauf würde am 24. Februar beginnen. Möglicherweise, sowie über die Abfahrtszeit wird am 24. an dieser Stelle bekanntgegeben.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung berichtet über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1925 folgenden Bericht: Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin als ein sehr schwieriger. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiterhin sehr hoch. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist weiterhin sehr gering. Die Lage ist weiterhin sehr schwierig. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiterhin sehr hoch. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist weiterhin sehr gering. Die Lage ist weiterhin sehr schwierig.

Weiße des neuen Kinderheimes der Amtshaupt-
mannschaft Zittau.

Der Bezirksverband Zittau hat vor kurzem auf Anregung des Amtshauptmanns Dr. Venus das 43. Alter große, über 600 Meter hoch gelegene Grundstück mit den zahlreichen Baulichkeiten erworben, um ein neues, ergebnisreiches Feld für die Wohlfahrt zu haben. In der Tat ist ein vorbildliches Unternehmen, dem andere Bezirke bald nachfolgen mögen. Mit Recht ließ man der Jugend bei der Aufgestaltung des gemeinsamen Werkes den Vortritt. Das bisher in einem der Stadt Zittau gehörenden Mietgrundstücke im Dorf Neutha untergebrachte Kinderheim wurde nun in die Nähe des Ortsteiles auf die sonnige, waldige Höhe des Gebirges verlegt und in das vorherige Gebäude untergebracht. In wenigen Wochen hat die Hand des engherzigen Baumeisters der Amtshauptmannschaft (Zittauer) alles zurecht gerichtet, so daß das Kinderheim einen wirklich anheimelnden Eindruck macht. In der nächsten Weihnachtsfeier am vergangenen Sonntag begrüßte Amtshauptmann Dr. Venus die zahlreich erschienenen Gäste, darunter Prof. Schade-
Delzig, der als medizinischer Berater Herberichs geleistet hat, sowie die Vertreter der Behörden und Gemeindeführer. Er wies darauf hin, daß der Boden dieses Geländes geschichtlich Bedeutung habe. Denn vor 38 Jahren habe der Fürstlich-Bayerische Kaiser die Genehmigung gegeben, daß hier ein altertümliches Industrieunternehmen, eine Glashütte, begründet wurde. 1888 entstand hier als Industrieunternehmen die Glasfabrik Dynamitfabrik, die aber bald infolge Verfalls an ausländische Hände ihren Betrieb einstellte. Man solle hier an der äußersten Grenze des Bezirkes neues Leben erwecken.

Mit Rücksicht beginne man mit der Fürsorge für die Kinder. Es solle die Aufzucht der schon angelegten Jugendwörter- und Winterpostleins folgen. Später will man eigene Anlagen für die Genesung Tuberkulöser u. a. m. einrichten. Der Arbeiter dankte allen Förderern des Werkes und bat um weitere tatkräftige Unterstützung.

Offene Stellen für Lehrer.

5 händ. Lehrerstellen in Cottendorf, Ortsklasse C. Familienwohnung mit nicht vorz. Bewerbungen bis 25. 2. an den Bezirksrat für Annaberg.

Gegen Beklame in der Sächsischen Schweiz. Dem Landesverein Sächsischer Heimatschutz wird mitgeteilt, daß im Herzen der Sächsischen Schweiz wirkungsvolle Reklamen beabsichtigt werden. Solche Reklamen sollen vom Altenstein, von Stadt und Festung Königstein, von den Rügen, von den Schiffern gesehen werden; sie soll weit wirksamer sein, wie jedes Inserat, wie jede andere Beklame. In Sachsen besteht bekanntlich das Heimatschutzgesetz vom 10. März 1909, das denartige Reklamen in den hervorragenden Gegenden unseres Vaterlandes untersagt. Aber auch ohne gesetzliche Mittel würden sich wohl diejenigen Firmen, die sich zu solchen Reklamen verleben lassen, am meisten schaden. Die Sächsische Schweiz wird von vielen Tausenden echten und wahren Naturfreunden besucht, die dort Erholung von den anstrengenden Arbeiten des Alltags suchen. Dort in der reinen Heilennatur will niemand wissen, welche Zigarette die beste ist, welcher Schokolade am besten schmeckt, welcher Kognak oder welcher Sekt der beste ist; dort wollen alle, ohne Unterschied, die herrliche Götternatur genießen. Ein Ruf der Entrüstung unter allen Freunden der Sächsischen Schweiz würde laut werden, wenn diese weltlichen Taler und Berge, diese herrliche Natur mit Reklame verunstaltet würde. Ein öffentlicher Protest in der Presse würde die Reklamen betreffen. Öffentlich ist es noch nicht zu spät, alle diejenigen, die in diesen Tagen die Aufmerksamkeit zur Anbringung von Reklamen in der Sächsischen Schweiz bekommen haben, vor solchen Schritten, die ihnen kein Nützt etwas nützen können, zu warnen.

Leipzig. Eine neue Art des Strafverfahrens ist am Leipziger Schöffengericht mit dem Verurteilten eingeleitet worden. Bisher gab es solche Verurteilungen nur in München und Berlin, wo man recht gute Erfahrungen mit ihnen gemacht hat. Das Schöffengericht ist mit einem Amtsrichter, der jedesmal eine Woche lang Dienst hat, einem Staatsanwalt und dem Gerichtsschreiber besetzt. Die Vorteile der Verhandlung liegen besonders darin, daß es ein vereinfachtes Verfahren darstellt. Die Verhandlung folgt kurze Zeit nach der Tat. Dem Angeklagten steht es frei, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Borna. Die Stadtverordneten Wäsche und Schubert, die bisher der kommunalistischen Partei angehört, haben dem Stadtverordnetenkollegium ihren Austritt aus dieser Partei und den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei angezeigt.

Scheibitz. Das Gemeindevorstandskollegium hat in der ersten Sitzung den Beschluß gefasst, die Schulneubauarbeiten, die ein neues Schulhaus, Anschließung neuer Schulmöbel für ein Klassenzimmer, Aufnahme der Verhandlungen wegen Abholung des Rückens vom Schullehrer, einmütlich zugestimmt. — Bürgermeister Jäckmantel ist für das Jahr 1925 als Gemeindevorstandsvorsteher wiedergewählt worden. Zum Stellvertreter wurde Syndikus W. Krieger ernannt.

Hardenberg. Die Stadtverordneten Wäsche und Schubert, die bisher der kommunalistischen Partei angehört, haben dem Stadtverordnetenkollegium ihren Austritt aus dieser Partei und den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei angezeigt.

Hardenberg. Die Stadtverordneten Wäsche und Schubert, die bisher der kommunalistischen Partei angehört, haben dem Stadtverordnetenkollegium ihren Austritt aus dieser Partei und den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei angezeigt.

Hardenberg. Die Stadtverordneten Wäsche und Schubert, die bisher der kommunalistischen Partei angehört, haben dem Stadtverordnetenkollegium ihren Austritt aus dieser Partei und den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei angezeigt.

Wegau. In Gegenwart von Vertretern des Landesbaurates, der Kreisbauverwaltung Leipzig und der hiesigen Behörden ist die Landwirtschaftliche Lehranstalt für Mädchen, verbunden mit Internat, ihrer Bestimmung übergeben worden.

Niederzweitzsch. Am 10. Februar. Die hiesigen Gemeindevorstände wählen in ihrer letzten Sitzung Bürgermeister Herfurth als Gemeindevorstandsvorsteher für 1925 einstimmig wieder. Als Stellvertreter wurde der Gemeindevorstand, Bahnarbeiter Otto Israel (SPD.) gegen die Stimmen der Rechten, sowie Gemeindevorsteher Dräsel als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Aus dem umfangreichen Jahresbericht für 1924, den der Bürgermeister in dieser ersten Sitzung erstattete, sei im wesentlichen noch folgendes zu entnehmen: Ende des Jahres 1924 zählte die Gemeinde 1008 Einwohner (letzte Volkszählung vom 8. Oktober 1919 nur 923). Geburten 1924: 12 (1923: 13), Sterbefälle 1924: 15 (1923: 9) und Heiratungen 1924: 7 (1923: 9). — Wohnungszählung waren 32, darunter 7 vorbrüchliche vorhanden. Unbedingt benötigte Fürsorgeempfänger zählte die Gemeinde Ende 1924 44 Sozial- und 6 Kleinrentner. Die hier seit 1. April vorigen Jahres eingeführte kommunale kostenlose Totenbestattung wurde in 10 Fällen in Anspruch genommen, die einen Gesamtaufwand von 49) M. verursachte. Ende 1923 hatte die Gemeinde 145 Erwerbslose zu verzeichnen. Die Zahl ging bis Ende 1924 auf 84 zurück. Zur Erhebung der Wohnungszählung konnten 4 Einfamilienhäuser geschaffen werden, während ein Wohnungszugbau erfolgt ist. Im Schulgrundstück ist eine Schulhausmannschaft entstanden. Pachtweise ist die Gemeinde in den Besitz eines Turm- und Sportplatzes gelangt. Für Feuerwehrrückstellungen kam ein Streifen zum Erwerb.

Wegau. Um das Bauen von Wohnungen tunlichst zu erleichtern, sollen zunächst für das Jahr 1925 die Anleihebeiträge nur in Höhe von 50 v. H. erhoben werden, soweit es sich um Wohngrundstücke handelt. — Der Schulbezirksvorstand hat beschlossen, die Lehrentgeltfreiheit auch auf die für den Religions- und Moralunterricht benötigten Bücher auszuweiten und im kommenden Schuljahre die Hälfte der Bücher mit einem Kostenaufwand von etwa 8000 M. zu beschaffen.

Wegau. Um das Bauen von Wohnungen tunlichst zu erleichtern, sollen zunächst für das Jahr 1925 die Anleihebeiträge nur in Höhe von 50 v. H. erhoben werden, soweit es sich um Wohngrundstücke handelt. — Der Schulbezirksvorstand hat beschlossen, die Lehrentgeltfreiheit auch auf die für den Religions- und Moralunterricht benötigten Bücher auszuweiten und im kommenden Schuljahre die Hälfte der Bücher mit einem Kostenaufwand von etwa 8000 M. zu beschaffen.

Tageschronik.

Quadranten. Tiere sind oft treuer als Menschen. So hat in Vassau ein Jagdhund seinem Herrn die Treue bis in den Tod bewiesen gehalten. Nachdem der Herr zur letzten Ruhe beigesetzt worden war, scharte das treue Tier, so oft es ihm gelang, auf den Friedhof zu kommen, am Grabe seines Herrn. Trotzdem man nie verstand, der Friedhofstüren zu schließen, wehrt der treue Hund sich doch immer wieder Einzug in den Friedhof zu verweigern und will dort seinen Herrn von der ihn bedeckenden Erde bestreuen.

Niesengehänge. In der neuesten Zeit ist das Projekt aufgetaucht, durch Niesengehänge über Spitzbergen und den Nordpol eine Luftverbindung zwischen Deutschland und Japan herzustellen. In kaum fünf Tagen soll Japan von Deutschland aus auf dieser Luftlinie zu erreichen sein. Erforderlich dazu sind freilich Niesengehänge, die einen Aktionsradius von mindestens 15000 Kilometern besitzen. Der letzte von der Friedhofshofener West an die Vereinigten Staaten geleistete „Z R III“ hatte bekanntlich nur einen Aktionsradius von 75000 Kilometern. Die Japanerpeptide müßten voraussichtlich die doppelte Größe erreichen. Nun berichtet über der Niesengehänge von Deutschlands Deutschland den Bau derartige Niesengehänge. Infolge dessen hat der bekannte Zeppeleinführer Hauptmann Wulfs mit der geographischen Gesellschaft der Vornweg und eine Reihe interessierter Persönlichkeiten, darunter auch Kanten, Führung genommen. Sächsische Sachverständige, auch Dr. E. Kerner, sind der Ansicht, daß die Verwirklichung des Projekts technisch möglich, praktisch aber aus finanziellen Gründen gegenwärtig sehr schwer durchführbar ist.

Goldmordbedenke und Parat vor dem Weltuntergang. Die Welt geht freilich noch immer ihren allgewohnten Gang, obgleich sie schon so oft untergehen sollte. Aber die Dummheit werden nie alle, die solchen Untergangsvorhersagen immer wieder Glauben schenken. So traf dieser Tage ein Teil der amerikanischen Bevölkerung alle Vorbereitungen, um im Augenblick des Weltuntergangs auf wärdige Weise in ein besseres Gemeinwesen überzuwehnen zu können. Viele Tausende sollen die Gipfel der Berge erklommen haben, um den Augenblick zu erwarten, wo die Engel niederstiegen, sie in ihre Arme nehmen und in den Himmel tragen würden. Gestern fuhr ein kleines Auto durch die Straßen von Brooklyn mit der Aufschrift „Weltuntergang am nächsten Tag vor!“ Aus verschiedenen Städten Amerika wird gemeldet, daß viele Menschen aus Mangel vor dem Weltuntergang Selbstmord bezogen haben. In Cleveland allein haben sich sechs Menschen vergiftet. Viele Leute haben ihr Hab und Gut veräußert.

Antliche Devisenkurse.

Berlin, am 11. Februar 1925.

Währungen in Mark.	11. 2.	11. 2.	10. 2.	10. 2.
Kaufungen auf:	Mark	Mark	Mark	Mark
London 100 Pfund	168.50	169.31	168.54	168.30
Paris 100 Franken	1.80	1.80	1.80	1.80
Brüssel 100 Franken	21.41	21.47	21.41	21.47
Amsterdam 100 Gulden	64.07	64.23	64.07	64.23
Basel 100 Franken	74.05	74.24	74.01	74.19
Schweden 100 Kronen	113.00	113.34	113.02	113.30
Norwegen 100 Kronen	10.550	10.590	10.550	10.590
Dänemark 100 Kronen	17.39	17.45	17.39	17.45
Schweden 100 Kronen	20.67	20.67	20.67	20.67
Japan 100 Yen	4.10	4.10	4.10	4.10
Indien 100 Rupee	22.51	22.57	22.45	22.55
Sri Lanka 100 Rupee	80.90	81.10	80.90	81.10
Sri Lanka 100 Rupee	59.53	59.67	59.73	59.87
Sri Lanka 100 Rupee	19.50	19.52	19.50	19.52
Sri Lanka 100 Rupee	1.843	1.847	1.840	1.844
Sri Lanka 100 Rupee	4.474	4.470	4.469	4.471
Sri Lanka 100 Rupee	5.905	5.925	5.928	5.928
Sri Lanka 100 Rupee	12.30	12.43	12.36	12.40
Sri Lanka 100 Rupee	6.225	6.205	6.20	6.21
Sri Lanka 100 Rupee	5.81	5.82	5.815	5.825
Sri Lanka 100 Rupee	3.653	3.663	3.663	3.663
Sri Lanka 100 Rupee	70.80	70.90	70.80	70.90

Mitteilungen aus der
Öffentlichen Verwaltung.

Sächsisches Gesetzblatt. Die am 6. Februar ausgegebene Nr. 4 enthält: Weg zur Ausführung des Reichsappellationsgesetzes; Änderung der Weg, über die Prüfung der Schmeißer, sowie Änderung der Weg, über das Pfandleihgesetz.

Wettertelegramme
vom 11. Februar 1925, 7 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: + 4 Max.: + 11. Niederschlag: — mm. Temperatur: + 6 Schneefall: — mm. Wind: S. Wetter: Wollig.
Wahndorf: Höhe 246 m. Min.: + 3, Max.: + 10. Niederschlag: — mm. Temperatur: + 4 Schneefall: — mm. Wind: SSO. Wetter: Föhnbedekt.

Ein auf allen Gebieten des Fürsorgewesens durchwegs zum 1. April 1925 ge-
erfahrener Beamter zum 1. April 1925 ge-
sucht. Besoldung nach Gruppe VII bei VIII. Ortsklasse B. Nur Kräfte, die die erforderlichen Prüfungen abgelegt haben, werden gebeten, Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen bis 18. d. Mtz. einzureichen an den
Stadtrat zu Falkenstein i. S. 5676

Sozialbeamten,
zum 1. April 1925 gesucht.

Ein auf allen Gebieten des Fürsorgewesens durchwegs zum 1. April 1925 ge-
erfahrener Beamter zum 1. April 1925 ge-
sucht. Besoldung nach Gruppe V. Ortsklasse B. Einstellung erfolgt je nach Vorbildung und Erfahrung als Angestellte oder als Beamter. Arbeitsgebiet: Familien- und Jugendpflege — Pflege der Säuglinge, Krüppel- und Tuberkulose-Fürsorge vorhanden. — Nur mehrjährig im Gemeinwesen, insbesondere in der Familien- und Jugendpflege erfahrene Bewerberinnen werden gebeten, Bewerbungsstücke mit Lebenslauf und Zeugnissen bis 18. d. Mtz. einzureichen an den
Stadtrat zu Falkenstein i. S. 5677

Sie staunen
über die fabelhaft billigen Preise
An- und Abzahlungs-
bedingungen

über die fabelhaft billigen Preise
An- und Abzahlungs-
bedingungen
5588
im seit 23 Jahren gut bekannten Konfektionshaus
M. Langer,
Dresden-N., Frauenstraße 12, 1.
1. Etage, Reis Laden.

Herren-Anzüge
Mäntel
Zoppen
Zämlinge
Leib-, Bettwäsche, Schuhwaren, Gardinen.

Achtung!
Holzsärge

Gemeinden mit kostenloser Totenbestattung erhalten bei der Firma
Karl Koch, Holzwaren- u. Möbelfabrik,
Dresden-A. 5,
Hamburger Str. 9. Telefon 19 535.

Tageskalender.

Or. 1 Mtz. 1201 — 1500.
Or. 2 Mtz. 301 — 330.)
Donnerstag, 12. Februar.
Staatsoper.
Opernabend.
Antrittsabend A. 7.
Beilo. (D. B. Nr. 6467 bis
6502. — B. B. Nr. I
Nr. 1576 — 1600.) Anfang
1/2 10 Uhr. Ende gegen
10 Uhr.

Freitag: Das Kon-
zert. (B. B. Nr. Or. 1
Nr. 1601 — 1900. Or. 2
Nr. 331 — 360.) Anfang
1/2 8 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Freitag: Kabale und
Liebe. (B. B. Nr. 8331
bis 8390.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur
Ehe. (B. B. Nr. 8061
bis 8230.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur
Ehe. (B. B. Nr. 8061
bis 8230.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur
Ehe. (B. B. Nr. 8061
bis 8230.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur
Ehe. (B. B. Nr. 8061
bis 8230.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Freitag: Die Erziehung zur
Ehe. (B. B. Nr. 8061
bis 8230.) Anfang 1/2 8
Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.